

# LANDTAG INTERN

Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen · Ausgabe 3 · 42. Jahrgang · 15. Wahlperiode · 23.2.2011

## Finanzen

S. 5, 15

Haushalt und Schulden bleiben Gegenstand vieler Debatten. Fragen im Fokus: Wie bewertet der Landtag die Informationspolitik der Regierung? Wie sehen Sachverständige den Weg der Konsolidierung?

## Fahrten

S. 7

Sorge um die Sicherheit im Öffentlichen Nahverkehr: Pöbelnde Fahrgäste bei Fahrten am Abend geben Anlass zur Beratung, auch über Polizei und Videoüberwachung. Welche Kontrollen sind möglich?

## Frauen

S. 8-11, 13

Der Schwerpunkt widmet sich einer riesigen Gruppe: den Frauen in NRW. Der Landtag richtet den Blick dabei auf strukturelle Probleme in der Arbeitswelt und zu Hause. Was steht konkret auf der Agenda?

## Forderungen

S. 18

Der Staat hat Vorbildfunktion. Wenn sich dies bei der Vergabe von Bauaufträgen und Dienstleistungen in Land und Kommunen widerspiegeln soll, müssen auch soziale Standards erfüllt sein. Welche?



## Blickpunkt Frau

### Ein Thema, viele Facetten

# Kuschelthema oder Kernaufgabe?

Frauenpolitik erscheint schnell als ein Luxus-Anliegen – haben wir nicht andere, wichtigere Probleme zu lösen? Und warum soll man überhaupt für Frauen mehr tun als für Männer? Frauenrechtlerinnen argumentieren, dass ihr Geschlecht lange vernachlässigt worden sei und dass man Frauen nun bevorzugen müsse, um Gleichstellung zu ermöglichen. Bei einer Aufholjagd müssen die, die hinten liegen, schließlich schneller laufen. Wenn sie dafür Unterstützung bekommen, haben sie selbstverständlich einen Vorteil. Ob das gerechtfertigt ist, darüber gibt es unterschiedliche Meinungen, denn Gleichstellung besagt schon im Wort, dass niemand schlechter, aber eben auch niemand bessergestellt werden soll. Lläuft aktive Frauenpolitik also der Gleichstellung zuwider?

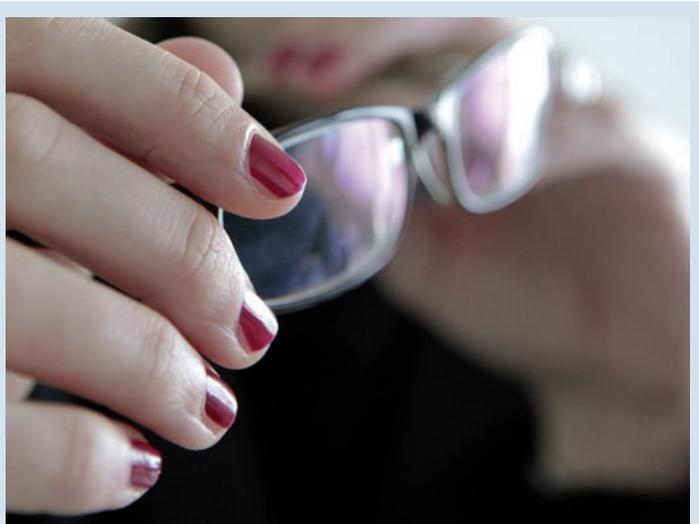
## HÜRDEN

Nun muss man nicht einmal besonders feministisch sein, um festzustellen, dass man Frauen in Chefetagen von Unternehmen mit der Lupe suchen muss, dass sich die Herausforderung, Familie und Beruf unter einen Hut zu bekommen, vor allem für die Frau stellt oder dass Opfer von Gewalt in

der Familie in den allermeisten Fällen Frauen sind. Es geht also nicht darum, ein ganzes Geschlecht pauschal zu bevorteilen, sondern um bestimmte Lebenslagen und Situationen, in denen Frauen offenbar schlechtere Ausgangssituationen haben als Männer.

Rabenmutter, Karrierefrau, Heimchen am Herd oder ewige Emanze, mit solchen aufgeklebten Etiketten haben viele Frauen gelernt umzugehen. Sie gehen ihren Weg, wie sie ihn für richtig halten. Wo allerdings strukturelle Hürden ihnen schlechtere Chancen einräumen als ihren männlichen Zeitgenossen, muss Politik hinschauen und handeln. Erforderlich sind zielgenaue Ansätze, die die konkreten Probleme an der Wurzel packen. Der Landtag diskutiert derzeit über die Situation von Frauen im Arbeitsleben, über mögliche Steuerungsinstrumente für die freie Wirtschaft wie etwa eine Frauenquote (S. 13), über die Mehrfachbelastung, der sich viele arbeitende Mütter stellen (müssen) (S. 8) und darüber, wie man Mädchen und Frauen vor Gewalt schützen kann (S. 9). Der Fachkräftemangel macht Frauen- zur Wirtschaftspolitik, das Riesenproblem demographischer Wandel rückt Familienpolitik in den Fokus, und im Grundgesetz ist das Recht auf körperliche Unversehrtheit festgeschrieben – alles andere als Luxus-Probleme.

SOW



## Schwerpunkt: Blickpunkt Frau

<b>Ausgebrannt</b> .....	8
<b>Die Gestalt der Gewalt</b> .....	9
<b>Schlag auf Schlag</b> .....	10-11
<b>Mehr Chancen durch Frauenquote?</b> .....	13

## Leserservice & kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren? Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die Pressestelle des Landtags NRW, Telefon (0211) 884-2851, Fax (0211) 884-2250, email@landtag.nrw.de

Vielen Dank! Ihre Landtag Intern-Redaktion

## Inhalt

### Aus dem Plenum:

<b>Schule: Grenzen der Redefreiheit</b> .....	3
<b>Finanzen I: Bedingungen für Solidarität?</b> .....	4
<b>Haushalt I: Zwischen Skandal und Normalität</b> .....	5
<b>Finanzen II: Banges Warten auf Brüssel</b> .....	6
<b>Innenpolitik: Die Angst fährt mit</b> .....	7

### Aus den Ausschüssen:

<b>Meldungen</b> .....	14
<b>Haushalt II: Schwieriges Thema Schulden</b> .....	15
<b>Vergaberecht: Neuauflage des Tariftreuegesetzes?</b> ...	18

<b>Nachruf: Karl Josef Denzer, Landtagspräsident a. D.</b> .....	19
--	----

<b>Gesetzgebung</b> .....	12
---------------------------	----

<b>Aus den Fraktionen</b> .....	16-17
---------------------------------	-------

<b>Impressum</b> .....	19
------------------------	----

<b>Termine</b> .....	20
----------------------	----

Prof. Dr. Dr. Thomas Sternberg (CDU) fühlte sich angesichts der Presseberichte an einen Tonfall wie in totalitären Regimen erinnert. „Lehrer dürfen nicht eingeschüchtert werden“, forderte er. Den Grund für eine Einschüchterung sah der Abgeordnete darin, dass viele Projekte, Vorhaben und Entscheidungen in der Schulpolitik der Landesregierung weniger erfolgreich als erhofft verliefen und viele kritische Fragen gestellt würden: „Es läuft nicht gut.“ Maulkörbe zu verteilen, bewertete der CDU-Sprecher als einen Skandal. „Haben Sie das nötig?“, fragte er die nordrhein-

Fotos: Schälte



Ingrid Pieper-von Heiden (FDP)

Sören Link (SPD)

Sigrid Beer (Grüne)

Gunhild Böth (Linke)

Schulministerin Sylvia Löhrmann (Grüne) verfolgt die Rede von Prof. Dr. Dr. Thomas Sternberg (CDU).

westfälische Schulministerin und forderte: „Unterdrücken Sie nicht die Meinungsfreiheit!“

„Wird aus der Koalition der Einladung die Koalition der Gängelung?“, fragte Ingrid Pieper-von Heiden (FDP). Loyalität zum Dienstherrn sei das eine, meinte sie. Aber Pädagoginnen und Pädagogen fühlten sich eingeschüchtert. Nach kritischen Meinungsäußerungen seien sogar einige von ihnen einbestellt worden, berichtete die FDP-Sprecherin. Auch handle es sich nicht um Einzelfälle. Allein aus dem Regierungsbezirk Arnsberg seien ihr 22 Fälle bekannt: „Die Angst geht um“, meinte die Abgeordnete. Selbst in Personalversammlungen könne man nicht mehr offen reden, beklagte sie. Wie stehe dazu die SPD, die schließlich auf Mitbestimmung im öffentlichen Dienst poche?

Sören Link (SPD) hielt den Antrag auf die Aktuelle Stunde für lächerlich. Man verplempere die Zeit, anstatt über Inhalte zu diskutieren. Worum es bei den Vorfällen gehe, sei das Spannungsfeld zwischen dem Recht auf freie Meinungsäußerung und den gesetzlichen Vorschriften für Beamtinnen und Beamte. Diese schränken die freie Meinungsäußerung in gewisser Weise ein, und das hielt Link für richtig. In diesem rechtlichen Rahmen bewege sich die Landesregierung mit Augenmaß. Politische Mäßigung für verbeamtete Lehrkräfte gelte in beide Richtungen: Sie dürften aus ihrem Amt heraus die Landesregierung weder loben noch kritisieren, sondern müssten sich neutral verhalten.

Über den Vergleich mit totalitären Staaten, den Sternberg angestellt hatte, zeigte sich Sigrid Beer (Grüne) empört. Sie unterstrich, dass die Schul-

## Grenzen der Redefreiheit

### Verbeamtete Lehrkräfte dürfen kritisch, aber müssen loyal sein

3. Februar 2011 – Der Landtag hat sich mit den Grenzen der Meinungsfreiheit für verbeamtete Lehrkräfte beschäftigt. Die Fraktionen von CDU und FDP beantragten eine Aussprache im Rahmen einer Aktuellen Stunde, um der Frage nachzugehen, ob die Landesregierung politische „Maulkörbe“ verteile. Grundlage der Sorge sind Presseberichte, nach denen einzelnen Lehrkräften von der Teilnahme an Informationsveranstaltungen „aus Fürsorge“ abgeraten worden sei, denn unbedacht Gesagtes könne zu dienstrechtlichen Konsequenzen führen.

ministerin gerade dafür geschätzt werde, den Dialog zu suchen und zu kontroversen Debatten einzuladen. Den Lehrkräften Daumenschrauben anzulegen, sei Praxis der Vorgängerregierung gewesen, nicht aber der politische Stil der jetzigen. Auch die nachgeordneten Behörden wie die Bezirksregierungen dächten und handelten selbständig und müssten vorher nicht um Erlaubnis fragen, betonte sie. „Sie können den Zug der Zeit und die Entideologisierung der Schulentwicklung vor Ort nicht aufhalten“, bemerkte die Grünen-Sprecherin.

Gunhild Böth (Linke) sprach CDU und FDP an und fand es „unglaublich, was Sie sich hier leisten“. Außerdem hätten deren Abgeordneten so argumentiert, dass man einen zweiten Antrag der beiden Fraktionen erwarten dürfe, in dem dann konsequenterweise die Abschaffung des Berufsbeamtentums gefordert werden müsse, schlussfolgerte Böth. Denn das Gesetz untersage nun einmal das politische Engagement von

Beamtinnen und Beamten im Amt gegen oder für den Dienstherrn. Außerdem meinte die Linke, wer das Landespersonalvertretungsgesetz so beschnitten habe wie die FDP in der letzten Legislaturperiode, solle das Wort Mitbestimmung besser nicht mehr in den Mund nehmen.

Als große Anhängerin von Meinungsfreiheit und auch von Loyalität beschrieb sich Schulministerin Sylvia Löhrmann (Grüne). Sie habe allerdings etwas gegen Duckmäusertum. Deshalb verbiete es sich für sie persönlich, Maulkörbe zu verteilen. Auch aus ihrem Haus habe es keinen gegeben. Konstruktive Kritik aus der Praxis bezeichnete die Ministerin nicht nur als erlaubt, sondern sogar als erwünscht. Dies müsse aber im Rahmen des Beamtenrechts bleiben: Wenn Lehrkräfte sich in ihrer Funktion äußerten, seien sie zur Mäßigung und Neutralität verpflichtet. Werde dies verletzt, führe die Schulaufsicht selbständig, ohne Anweisung aus ihrem Haus, ein Beratungsgespräch.

sow

# Bedingungen für Solidarität?

## Mappus' Kritik an NRW-Finanzpolitik und Länderfinanzausgleich

*2. Februar 2011 – Jahrzehntelang hat Nordrhein-Westfalen in den Länderfinanzausgleich eingezahlt, war Geberland. 2009 wurde es zum Nehmerland. Nun kritisierte Baden-Württembergs Ministerpräsident Stefan Mappus das bestehende System der Solidarität unter den Bundesländern und insbesondere die Finanzpolitik der hiesigen rot-grünen Landesregierung. Die Düsseldorfer Regierungsfractionen werteten dies als sachlich nicht gerechtfertigt, ja populistisch und beantragten eine Aktuelle Stunde. Die CDU dagegen, die in Stuttgart mit der FDP regiert, unterstützte Mappus' Äußerung und kritisierte die aktuelle Wirtschafts- und Finanzpolitik als „Selbstverstümmelung“.*

Der baden-württembergische Ministerpräsident Mappus habe sich erdreistet, Vorschriften zu machen, wo NRW politische Schwerpunkte zu setzen habe, kritisierte **Norbert Römer** (SPD). Der Vorwurf, die rot-grüne Koalition verschwende Gelder aus dem Länderfinanzausgleich für soziale Wohltaten, „ist so durchsichtig wie Fensterglas und trifft ins Leere“. Die Drohung, den Länderfinanzausgleich aufzukündigen, verfange jedoch nicht, so Römer. Von 1950 bis 2008 habe NRW knapp 17,3 Milliarden Euro eingezahlt und sei damit bis heute das viertstärkste Geberland. Der wahre Skandal sei daher, dass die NRW-CDU die Äußerungen ihres Parteikollegen nicht zurückweise.

Als „billigen Populismus“ wertete **Reiner Priggen** (Grüne) Mappus' Äußerung, Nordrhein-Westfalen erhalte aus dem Länderfinanzausgleich Geld, senke damit zulasten von Baden-Württemberg Studiengebühren und führe zudem ein beitragsfreies Kindergartenjahr ein. „Es ist bedauerlich, dass Sie dem, was er da sagt, nicht sachlich entgegentreten. Im Prinzip billigen Sie damit diese Kritik und heißen sie gut“, wandte sich der Grünen-Sprecher an die Adresse von CDU und FDP. Diese müssten eigentlich ge-

meinsam mit der Landesregierung deutlich machen, dass in den Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen unbedingt neue Regelungen notwendig seien.

„Die Schuldenkönigin der Nation und ihr Griechenland-Beauftragter, diese beiden wollen einfach nicht sparen“, entgegnete **Christian Weisbrich** (CDU). Kritik an deren „Verschuldungsorgie“ werde sofort in Majestätsbeleidigung umgedeutet. Niemand zweifele den Länderfinanzausgleich im Grundsatz an, so der CDU-Sprecher. Damit er aber dauerhaft Bestand habe, dürften Ausgleichszahlungen immer nur Hilfe zur Selbsthilfe sein. Rot-Grün betreibe in NRW aber „Selbstverstümmelung“ und schwäche die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. Die Hilfezahlungen seitens der anderen Länder würden „hemmungslos“ konsumiert statt zur Stärkung der eigenen Steuerkraft angelegt.

Ziel des Länderfinanzausgleichs sei ein angemessener Ausgleich der je unterschiedlichen Finanzkraft der Länder, so **Angela Freimuth** (FDP). Dies sei Ausdruck der bundesstaatlichen Solidarität zwischen dem Bund und den Ländern

und natürlich zwischen den Ländern untereinander. Immer wieder stehe man vor der Frage der Angemessenheit des Ausgleichs, erklärte die FDP-Sprecherin. Sie forderte eine stärkere Umsetzung des Gedankens des „Wettbewerbsföderalismus“. Die Sparanstrengungen in einzelnen Bundesländern rechneten sich für diese und deren Bürgerinnen und Bürger nicht genug. Von daher gebe es beim heutigen System eben auch ein „Vermittlungsproblem“.

Bei den Äußerungen von Mappus handele es sich „um einen untauglichen und unerträglichen Versuch, NRW in ein schlechtes Licht zu rücken“, kritisierte **Rüdiger Sagel** (Linke). Dabei seien gerade CDU und FDP „für die finanzpolitische Misere nicht nur in NRW, sondern von Ländern und Kommunen insgesamt“ verantwortlich. Unter dieser Politik müssten gerade die Menschen auf den unteren Einkommensstufen, die prekär Beschäftigten sowie die Erwerbslosen leiden. Von gleichen Lebensbedingungen und Chancengleichheit könne keine Rede mehr sein. Daher forderte der Linken-Sprecher eine Länderfinanzreform, die mit „unsozialer Verteilungspolitik“ Schluss mache.

Sie scheuten sich nicht, „den Stammtisch zu bedienen“, attackierte **Finanzminister Dr. Norbert Walter-Borjans** (SPD) die Fraktionen von CDU und FDP. Bis Mitte der 90er-Jahre sei zum Beispiel Bayern als Nehmerland auch mit Geldmitteln aus NRW aufgebaut worden. Als Geberland mache es jetzt gemeinsam mit Baden-Württemberg Stimmung gegen das System des Länderfinanzausgleichs. Hierbei werde die CDU in NRW zum „Erfüllungsgehilfen“. Dabei sei in deren Regierungszeit NRW vom Geberland zum Nehmerland geworden. Im Übrigen sei es eine seltsame Form von Solidarität, nur unter der Bedingung Finanzhilfen geben zu wollen, dass man bald nichts mehr zu geben brauche. CW



## Hochkarätige Gäste ...

... besuchten den Landtag NRW. So konnte Landtagspräsident Eckhard Uhlenberg den stellvertretenden Ministerpräsidenten der Türkei, **Bülent Arinc**, begrüßen (2. v. l.). Uhlenberg plädierte für ein konstruktives Miteinander von Türken und Deutschen und verwies auf das Engagement der deutsch-türkischen Parlamentariergruppe im Landtag unter Vorsitz von Vizepräsidentin **Carina Gödecke**. Ebenfalls zu Gast war der Bundesratspräsident der Republik Österreich, **Gottfried Kneifel** (Foto Mitte). Er erörterte mit dem Landtagspräsidenten die parlamentarischen Regelungen und Gepflogenheiten in beiden Ländern. Quasi auf Nachbarschaftsbesuch kam der Präsident der Abgeordnetenkammer des Großherzogtums Luxemburg, **Laurent Mosar** (r.). Zu seinen Terminen gehörte auch ein Gespräch mit der Benelux-Arbeitsgruppe des Landtags. Fotos: Schälte

# Zwischen Skandal und Normalität

## FDP wirft dem Finanzminister Unfähigkeit und Trickserei vor

Foto: Schätke

2. Februar 2011 – Der Streit um den Nachtragshaushalt 2010 geht weiter: Gut eine Woche, nachdem der Finanzminister mitgeteilt hatte, 1,3 Milliarden Euro weniger Schulden machen zu müssen, hat sich das Parlament erneut mit der rot-grünen Haushaltspolitik beschäftigt. Es sei unglaublich, dass die Regierung von der neuen Bilanzlage tatsächlich überrascht worden sei, kritisiert die FDP. Vielmehr habe sie Informationen bewusst zurückgehalten. Der Landtag solle dies misbilligen.

„Ist das Unfähigkeit oder dreiste Trickserei?“, fragte Dr. Gerhard Papke (FDP). Seine Antwort: „Ich fürchte, beides.“ Noch nie habe es eine Regierung in so kurzer Zeit geschafft, die Haushaltspolitik in ein solches Chaos zu stürzen. Bereits eine Woche vor der Debatte über den Nachtragshaushalt im Januar habe der Finanzminister die neuen Daten gekannt – jedoch nicht darüber informiert. Mit dieser „Vertuschungsstrategie“ komme er nicht durch, sagte Papke. In einer zweiten Rede rief er der Ministerpräsidentin zu: „Bringen Sie Ihrem Finanzminister bitte den nötigen Respekt vor dem Parlament bei.“

Der Vorwurf, der letzte schwarz-gelbe Haushalt sei auf Kante genäht gewesen, habe sich nun als Lügenmärchen entpuppt, erklärte Karl-Josef Laumann (CDU). Denn mit dem unerwarteten Steuerplus von 1,3 Milliarden Euro und den verkündeten geringeren Ausgaben verbessere sich der Haushalt 2010 um 2,13 Milliarden Euro. Von dieser Tendenz habe der Minister bereits bei der Januardebatte gewusst. Rein rechtlich habe er den Landtag möglicherweise nicht informieren müssen, so Laumann. Doch: „Politisch ist es auf jeden Fall eine große Dummheit gewesen.“ Der Finanzminister sei zum Gespött der Leute geworden.

„Sie haben einen finanzpolitischen Scherbenhaufen hinterlassen“, entgegnete der SPD-Abgeordnete Norbert Römer. Die Aufräumarbeiten hätten es in sich, ein schwarzes Loch nach dem anderen tue sich auf. Schwarz-Gelb habe Risiken verschwiegen, einen Raubzug durch

die kommunalen Kassen veranstaltet und dem Land nachhaltig geringe Steuereinnahmen beschert, jährlich rund 900 Millionen Euro. Der Nachtragshaushalt 2010 sei die Schlussabrechnung mit der abgewählten Regierung. CDU und FDP säßen zu Recht auf der Oppositionsbank, so Römer: „Wir haben Wahrheit und Klarheit in den Haushalt gebracht.“

„Helmut Linssen hat den Haushalt 2010 so auf Kante genäht, weil er mit aller Gewalt vermeiden wollte, den Haushalt mit der höchsten Neuverschuldung in Nordrhein-Westfalen vorzulegen“, kritisierte Reiner Priggen (Grüne). Gleichzeitig habe der ehemalige Finanzminister bereits einen Nachtragshaushalt vorbereitet. Denn ihm sei klar gewesen, dass er über die veranschlagten Schulden würde hinausgehen müssen, so der Grüne. Nun habe sich die wirtschaftliche Lage besser entwickelt als erwartet. „Das alles kann man nüchtern bewerten, ohne Klamauk und Theater“, sagte Priggen in Richtung von CDU und FDP.

„Der Finanzminister hat in der Tat keine gute Figur bei dieser wundersamen Geldvermehrung gemacht“, sagte Rüdiger Sagel (Linke). Er habe sich schon gewundert, als nach der Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs plötzlich die 1,3 Milliarden Euro aufgetaucht seien – zumal es dazu zunächst keine Belege gebe. Der Linke forderte deshalb eine transparente Finanzpolitik. Die Regierung müsse das Parlament darüber informieren, woher die öffentlichen Gelder kämen. „Wir werden nicht akzeptieren, dass das so gemacht wird, wie es im Augenblick der Fall

ist.“ Gleichzeitig warf Sagel der CDU in ihrer Argumentation „faktenfreien Klamauk“ vor.

„Jetzt kommen Sie mit einem einzigen Termin, den Sie hochstilisieren“, kritisierte Finanzminister Dr. Norbert Walter-Borjans (SPD) die Debatte um die Sitzung am 19. Januar. Es habe keinen Anlass gegeben, den Tagesordnungspunkt zu nutzen, um die Öffentlichkeit über die neuen Zahlen zu unterrichten. Dies sei danach im Haushalts- und Finanzausschuss passiert – und das im Januar, nicht erst wie einst bei Linssen im März, so der Minister. Daraus nun einen Skandal zu machen, sei „beschämend“. Auch verstehe er den Missbilligungsantrag nicht: Schließlich habe sich der Haushalt doch positiv entwickelt.

Die „Empörungsmaschinerie“ von CDU und FDP habe nichts mit der Realität der Haushaltspolitik zu tun, betonte Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD). Anhand der Fakten könne sie keine Fehler beim Finanzminister erkennen. Er habe den Verfassungsgerichtshof „ordentlich“ über ein Haushaltsplus informieren wollen – mit ausreichend Details. Dies sei frühestens am 17. Januar möglich gewesen, so Kraft. Die Entscheidung, bereits mit nur grob bekannten Zahlen rauszugehen, sei ihr nicht leicht gefallen. Den Ausschlag gegeben habe letztlich, dass dem Bund die Zahlen bereits vorgelegen hätten. *bra*

Den Antrag (Drs. 15/1198) lehnte der Landtag mit den Stimmen von SPD, Grünen und Linken ab.

# Banges Warten auf Brüssel

## Zukunft der WestLB: Entscheidung liegt bei der EU

**2. Februar 2011 – Was wird aus der Westdeutschen Landesbank (WestLB)? Geht sie mit einer anderen Landesbank zusammen, wird sie an einen privaten Investor verkauft, oder muss sie gar zerschlagen werden? Auf Antrag der Linken (Drs. 15/1189) beschäftigte sich der Landtag angesichts des Stichtags 15. Februar 2011 mit möglichen Szenarien. Die anderen Fraktionen wandten sich dabei gegen ein „Wunschenken“ der Linkenfraktion. CDU, SPD und Grüne pochten auf Gleichbehandlung von Landesbanken und privaten Banken, wenn es um deren Rettung gehe.**

Es werde immer deutlicher, dass das ganze Geschäft nicht gut für das Land ausgehen werde, warnte **Rüdiger Sagel** (Linke) mit Blick auf den möglichen Verkauf der NRW-Landesbank. Es sei zu befürchten, dass „der dümpelnde Tanker WestLB“ zur Beute von Finanzhaien werde. Zerschlagung, Arbeitsplatzabbau und Privatisierung seien aber „keine akzeptable Lösung“. Vielmehr solle jede Möglichkeit genutzt werden, um eine Privatisierung der WestLB zu verhindern. Ein Verbleib in öffentlicher Hand könne auch im Verbund mit anderen Landesbanken angestrebt werden. Aus seiner Sicht habe die WestLB aber bis heute kein überzeugendes Geschäftskonzept, so Sagel.

Für **Christian Weisbrich** (CDU) war der Antrag der Linken entbehrlich. Seiner Meinung nach verkenne die Fraktion, dass die Situation, in der sich die WestLB augenblicklich befinde, das Ergebnis eines EU-rechtlichen Beihilfverfahrens sei. In dieses Verfahren könne die Landesregierung nicht aus eigener Kompetenz eingreifen. Die Kommission erwarte einen Eigentümerwechsel entweder durch Fusion mit einer oder mehreren Landesbanken oder durch einen Verkauf an Private. Zur Vorlage des Restrukturierungskonzepts habe die Kommission eine Frist bis zum 15. Februar gesetzt. Die dann folgende

Prüfungsphase könne durchaus bis Herbst 2011 dauern, erklärte er.

„Die Entscheidungen über die Zukunft der WestLB fallen weitgehend in Brüssel und nicht in Düsseldorf.“ **Stefan Zimkeit** (SPD) warnte vor dem Irrtum, eine Lösung könne durch Landtagsbeschlüsse gefunden werden. Es sei allerdings notwendig, an die Europäische Kommission zu appellieren, die Fristen für die WestLB zu verlängern. Ein Zwang, die Landesbank unter Wert zu verkaufen, wäre eine Vernichtung öffentlichen Eigentums und gleichzeitig eine öffentliche Beihilfe für den privaten Käufer, meinte Zimkeit. Er rief die anderen Landesbanken dazu auf, ernsthaft über gemeinsame Konsolidierungslösungen für alle entsprechenden Geldinstitute zu verhandeln.

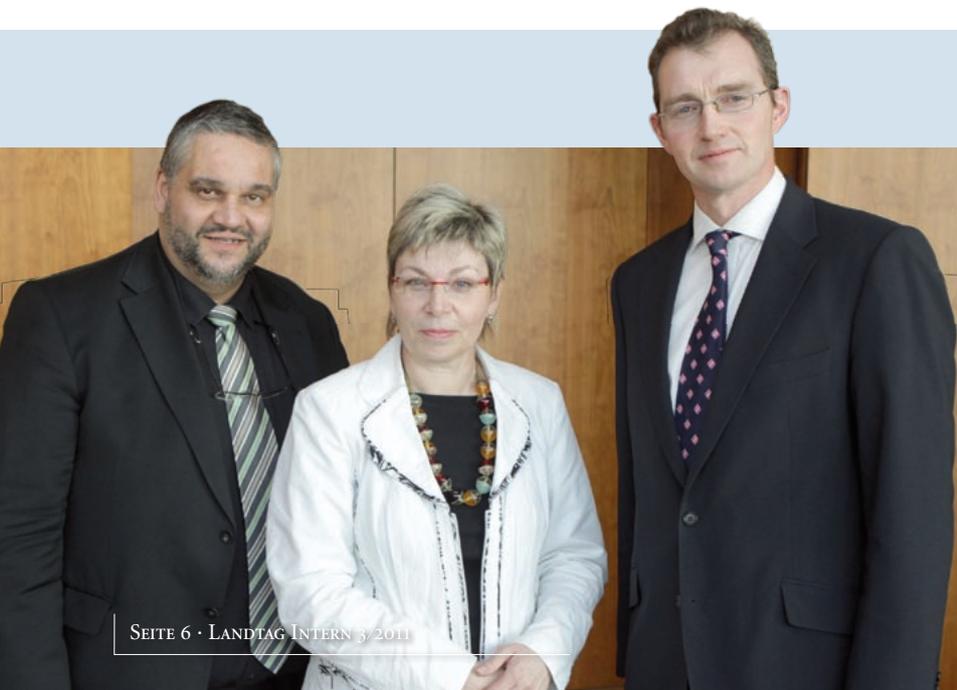
„Das, was in diesem Antrag steht, hat wirklich überhaupt keinen Faktenbezug.“ **Mehrdad Mostofizadeh** (Grüne) teilte die Positionen seiner Vorredner von CDU und SPD: Man müsse zur Kenntnis nehmen, dass die Schiedsrichter in Brüssel saßen und nicht in Düsseldorf. Hinsichtlich der Frage, wer bei der WestLB was wann wie getan und damit die heutige Lage zu verantworten habe, bot der Grüne einen Untersuchungsausschuss an. Die Situation der Lan-

desbank könne nicht der heutigen Regierung angelastet werden. Im Übrigen sei die WestLB die einzige Landesbank, die ihre Risiken strukturiert, zum Teil ausgelagert und versucht habe, Licht ins Dunkel zu bekommen.

Der Antrag passe in eine kontinuierliche Reihe von nicht durchdachten, an der Realität völlig vorbeiformulierten Anträgen der Fraktion der Linken zum Thema WestLB, so **Angela Freimuth** (FDP). Zwar seien die Risiken, die aus der Beteiligung des Landes an der WestLB AG bestünden, und die damit verbundenen Haftungsfragen entscheidend auch für den Landeshaushalt. Aber man müsse auch einsehen, dass die Europäische Kommission die Beihilfen, die die WestLB von ihren Eigentümern erhalten habe, genehmigen müsse und dass sie dies unter Vorbehalt getan habe. Offenbar gebe es zum jetzigen Zeitpunkt keine Bereitschaft anderer Landesbanken, mit der WestLB zu fusionieren.

„Wir haben schon in den Koalitionsverhandlungen deutlich gemacht, dass wir der Konsolidierung des Landesbankensektors absoluten Vorrang einräumen.“ **Finanzminister Dr. Norbert Walter-Borjans** (SPD) sah von einer Lösung für die WestLB auch die anderen Landesbanken betroffen, da ein neuer Eigentümer auch „sein Stück vom Kuchen“ haben wolle. Am 15. Februar müsse ein Konzept vorgelegt werden, das von der EU als tragfähig angesehen werde. „Wenn das nicht der Fall ist, dann hat die Kommission extreme Marterinstrumente zur Hand, und dann hat man auch wenige Chancen, mit einer Klage beim Europäischen Gerichtshof dagegen vorzugehen“, so Walter-Borjans. CW

**Der Antrag (Drs. 15/1189) wurde nach Beratung einstimmig an den Haushalts- und Finanzausschuss überwiesen; die abschließende Beratung und Abstimmung soll dort in öffentlicher Sitzung erfolgen.**



## Bergbau verbindet

Mitglieder des Sonderausschusses für walisische Angelegenheiten des britischen Unterhauses haben den Landtag Nordrhein-Westfalen besucht. Die Delegation unter Leitung des Ausschussvorsitzenden **David Davies** (r.) wurde von den Landtagsvizepräsidenten **Carina Gödecke** und **Oliver Keymis** empfangen. In den anschließenden Gesprächen wurden die engen Beziehungen zwischen Großbritannien und Nordrhein-Westfalen sowie die Möglichkeiten, diese weiter auszubauen, erörtert. Die spezielle wirtschaftliche Situation und Entwicklung in Wales war Jahrzehnte lang vom Kohlebergbau geprägt und weist daher etliche Parallelen zu Nordrhein-Westfalen auf. Die Art und Weise des Strukturwandels in Wales wie in Nordrhein-Westfalen nahm deshalb in der Diskussion einen wichtigen Raum ein, ebenso wie die rund 400 Schulpartnerschaften und 140 Städtepartnerschaften zwischen den Regionen. Foto: Schälte

# Die Angst fährt mit

## Landtag diskutiert Sicherheit in Bussen und Stadtbahnen

*2. Februar 2011 – Während die Bundespolizei in Bahnhöfen, Zügen und S-Bahnen für Sicherheit und Kontrolle Sorge, lasse die Sicherheitslage in Bussen, U- und Straßenbahnen, gerade am Abend, häufig zu wünschen übrig, kritisiert die FDP-Fraktion in einem Antrag (Drs. 15/200). Alle Fraktionen zeigten Verständnis für das Sicherheitsbedürfnis der Fahrgäste, bewerteten jedoch die Lösungsmöglichkeiten unterschiedlich.*

Dass es funktionierende Ordnungspartnerschaften mit dem öffentlichen Personennahverkehr gebe, räumte **Horst Engel** (FDP) ein. Aber es fehle an regelmäßiger Präsenz durch gemeinsame Streifen und Kontrollen, meinte er und beschrieb die Bereitschaft zu Gewalt und Vandalismus mancher Fahrgäste als wachsendes Problem. Zudem biete der „Tatort“ Bus und Bahn Tätern die Möglichkeit zur schnellen Flucht an der nächsten Haltestelle. Die Videoüberwachung diene zwar im Nachhinein der Beweissicherung, verhindere aber keine Tat. Engel warb daher für den Einsatz der Bereitschaftspolizei in diesem Umfeld. Die Hundertschaften würden derzeit sogar an andere Bundesländer ausgeliehen.

Die Fahrgäste erwarteten, sicher transportiert zu werden und sich in der Bahn wohlfühlen, stellte **Benedikt Hauser** (CDU) heraus. Bei der Diskussion, wie dies zu erreichen sei, wünschte er sich aber, zweierlei zu berücksichtigen: erstens die Situation der Beschäftigten und zweitens die Bedingungen im ländlichen Raum. Dort seien Entfernungen lang und Busfahrerinnen oder -fahrer auch einmal allein im Bus. Doch wegen der großen Entfernungen sei eine verstärkte Polizeipräsenz in der Fläche nicht zu bewerkstelligen. Daher könnte Kontrollpersonal der Verkehrsunternehmen in Bussen und Bahnen eine Lösung sein, meinte Hauser. Eine entsprechende Unterstützung koste Geld, darüber müsse man reden.

Angstbesetzte Orte zu angstbesetzten Zeiten sicher zu machen, darin sah **Andreas Bialas** (SPD) ein zweifellos bedeutsames Anliegen. Er fragte sich aber, welche Polizeikräfte zusätzlich weit über 10.000 Haltestellen und tausende von Linien meist rund um die Uhr sichern sollten. Auch die Hundertschaften der Bereitschaftspolizei schoben bereits jetzt eine Unsumme von Überstunden vor sich her. Die Polizei brauche mehr Personal, um die Aufgabe zu stemmen. Der Polizist gab aber auch zu bedenken, dass mehr polizeiliche Präsenz nicht automatisch zu mehr Sicherheit führe, was bei der Deutschen Bahn deutlich geworden sei. „Es geht nur in einem Gesamtkonzept“, schloss der Abgeordnete.

Vor allen anderen Maßnahmen brauche es eine Kultur des Hinschauens, meinte **Matthi Bolte** (Grüne). Man müsse auch Zivilcourage, Prävention und Aufklärung stärken und dürfe nicht nur über mehr Polizei reden. Bei letzterer arbeite die Regierung daran, das Nachwuchsproblem zu lösen, was bisher verschlafen worden sei. Zusätzlich gelte es, bei der Planung von Haltestellen darauf zu achten, dass keine dunklen Angsträume entstünden; bestehende gehörten modernisiert. Im Zuge der Beratungen werde auch ein Wildwuchs an Videoüberwachung eine Rolle spielen müssen, forderte der Grüne. Er warnte außerdem vor einer Aufgabenvermischung von Polizei, kommunaler und privater Sicherheitsträger.

Im Antrag der FDP vermisste **Bärbel Beuermann** (Linke) eine valide Zahlenbasis. Trotzdem sei klar, dass man die Ängste der Betroffenen ernst nehmen und Angsträume minimieren oder besser noch ausschalten müsse. Zur geforderten Polizeipräsenz fragte die Linke: „Wer fordert denn seit Jahren schlanke Strukturen in öffentlichen Unternehmen? Wer will Personalabbau in der Verwaltung und bei kommunalen Unternehmen?“ Es sei gerade die Po-

litik der Antragsteller, die die angeprangerten Zustände ermöglicht habe. Private Partner für die Sicherheit sah Beuermann kritisch: „Die Fortuna Eagles, die Schalker Ultras oder die Mad Boyz: eine tolle Partnerschaft – Hauptsache sie kostet nichts!“

„Es gibt keinen Hinweis auf erhöhtes Risiko, Opfer einer Straftat zu werden, wenn man sich im öffentlichen Personennahverkehr bewegt“, beruhigte **Innenminister Ralf Jäger** (SPD). Um trotzdem das Sicherheitsgefühl zu erhöhen, das auch von tragischen Einzelfällen geprägt werde, lohne sich die Diskussion mit Sachverständigen. Den Einsatz der Bereitschaftspolizei unterstützte Jäger aber nicht. Die Hundertschaften seien allein zu 30 Prozent rund um Fußballspiele im Einsatz, 13 zugesicherte freie Wochenenden könnten längst nicht mehr gewährleistet werden, und ihr Einsatz in anderen Bundesländern sei Bestandteil des Gebens und Nehmens unter den Ländern, auf das auch NRW angewiesen sei.

sow

Der Landtag hat den Antrag (Drs. 15/1200) einstimmig zur Fachberatung an den Innenausschuss überwiesen. Mitberaten soll der Verkehrsausschuss.



Foto: Schälte



Foto: Schälte

# Ausgebrannt

## Landtag berät über Hilfe für überlastete Frauen

*2. Februar 2011 – Überfordert, ausgelaugt, völlig erschöpft: Burn-Out hat sich zur Volkskrankheit des 21. Jahrhunderts entwickelt. Fachleute sprechen gar von einer Epidemie, die sich immer weiter ausbreite. Zu viel Arbeit, zu wenig Freizeit, das sind meist die Ursachen. Verstärkt Frauen seien davon betroffen, betont die CDU-Fraktion. In einem Antrag (Drs. 15/1193) fordert sie den Landtag deshalb dazu auf, Frauen beim stressigen Spagat zwischen Familie und Beruf mehr zu unterstützen.*

„Wir wollen eine echte Wahlfreiheit, die jeder Frau und Mutter die Entscheidung für ihr eigenes Lebensmodell ermöglicht“, sagte **Andrea Milz** (CDU). Zwar arbeiteten Männer neben ihrem Beruf zunehmend auch in der Familie mit. Oft bleibe die Mehrfachbelastung aber immer noch an den Frauen hängen. Das mache diese psychisch besonders anfällig, auch für ein Burn-Out. Milz forderte die rot-grüne Landesregierung deshalb dazu auf, Frauen stärker unter die Arme zu greifen: etwa mit mehr Kitaplätzen, einer leichteren Rückkehr in den Beruf und vernetzten Hilfsangeboten für den Burn-Out-Fall.

Unter der Krankheit litten längst nicht nur Frauen, betonte **Eva-Maria Voigt-Küppers** (SPD). Ebenso seien Männer, Kinder und Jugendliche von der „Volksepidemie“ betroffen. Ein besonderes Augenmerk auf Frauen zu legen, räumte die Politikerin trotzdem als sinnvoll ein. Die Arbeitswelt sei inzwischen völlig entgrenzt,

Freizeit und Selbstbestimmung kaum noch möglich. Dies belaste Frauen vor allem wegen der hohen Ansprüche an sich selbst, nämlich „all die Aufgaben, die sie übernommen haben, besonders gut zu machen“, so **Voigt-Küppers**. Es sei deshalb wichtig, an Defiziten in der Berufswelt zu arbeiten.

Der CDU-Antrag weise in die richtige Richtung, lobte **Josefine Paul** (Grüne). Häufig schlecht bezahlte und emotional belastende Jobs sowie der vielfach immer noch von ihnen zu stemmende Spagat zwischen Familie und Beruf machten Frauen besonders anfällig für psychische Erkrankungen. Die Grünen forderte neue entlastende Arbeitsformen. Dazu gehörten Teilzeitjobs auf allen Ebenen sowie flexiblere Arbeitszeiten – auch für den Fall, dass ein Kind erkrankte. Gleichzeitig kritisierte Paul die CDU dafür, dass sie in ihrem Antrag das veraltete Bild der Frau als Fürsorgerin weiter manifestiere.

„Die Forderungen des Antrags gehen meistens über das, was Politik leisten kann und sollte, doch ein wenig hinaus“, kritisierte **Ingrid Pieper-von Heiden** (FDP). Aufgabe von Politik sei es, den Rahmen dafür zu schaffen, dass Menschen sich individuell entfalten könnten. Dazu gehöre es etwa, Unternehmen für flexiblere Arbeitszeiten zu begeistern. Jedoch sei es nicht Sache der Regierung, Anti-Stress-Trainings für Eltern oder Burn-Out-Präventionskurse zu entwickeln, betonte die Abgeordnete. Sie könne zwar über entsprechende Angebote informieren, den Erkrankten aber letztlich nicht die Entscheidung zur Teilnahme abnehmen.

Das wachsende Burn-Out-Problem sei sicher ernst zu nehmen, sagte **Dr. Carolin Butterwegge** (Linke). Allerdings greife der „Schaufensterantrag“ zu kurz: Die Gründe für die Mehrfachbelastung von Frauen seien vielfältig. Insgesamt handele es sich um ein strukturelles Problem, das unter anderem aus fehlenden Betreuungsangeboten und einer familienfeindlichen Arbeitswelt resultiere. Da reichten die geforderten „eigentlich bloß symbolischen Maßnahmen“ nicht aus. Zudem kritisierte Butterwegge die CDU-Fraktion dafür, nun Gelder zu fordern, die sie während der eigenen Regierungszeit gestrichen habe.

Unter Burn-Out litten überdurchschnittlich oft mehrfachbelastete Frauen, stellte auch **Frauenministerin Barbara Steffens** (Grüne) fest. „Wir müssen wirklich die Strukturen verändern“, forderte sie deshalb. Entspannungskurse reichten nicht aus, um das strukturelle Grundproblem zu lösen, nämlich den Spagat zwischen Familie und Beruf. Steffens sprach sich für Arbeitsbedingungen aus, mit denen Frauen ihre Kinder, pflegebedürftige Eltern und den Job unter einen Hut bringen könnten. Die Regierung werde sich für unterschiedliche Zeitmodelle einsetzen, um Familienarbeit für beide Geschlechter attraktiver zu machen. *bra*

Der Antrag wurde zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Frauen, Gleichstellung und Emanzipation (federführend) sowie an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Integration überwiesen. Darüber hinaus hat der Landtag über eine mögliche Landesinitiative „Frau und Wirtschaft“ diskutiert. Über den Antrag von SPD und Grünen (Drs.15/1195) sollen ebenfalls die Ausschüsse für Frauen, Gleichstellung und Emanzipation (federführend), für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Integration sowie für Wirtschaft, Mittelstand und Energie beraten.

# Die Gestalt der Gewalt

## Genauere Analyse zur Gewalt gegen Frauen gefordert, Aktionsplan soll folgen

3. Februar 2011 – SPD und Grüne fordern die Landesregierung auf, gegen Gewalt an Frauen tätig zu werden (Drs. 15/1196). Sie soll zunächst differenziert die Situation und die einzelnen Zielgruppen analysieren und daraus resultierend einen Landesaktionsplan auflegen, ein öffentliches Bewusstsein schaffen sowie massiv in der Bevölkerung aufklären und sensibilisieren. Außerdem sollen Frauenhäuser und -beratungsstellen eine sichere Finanzierung erhalten. In der Tendenz sind sich alle Fraktionen einig.

40 Prozent aller Frauen in Deutschland hätten seit ihrem 16. Lebensjahr schon einmal Gewalt erfahren, ordnete Eva Steining-Bludau (SPD) das Ausmaß des Problems ein und verwies auf einen Katalog der Gewaltformen vom Stalking über K.-o.-Tropfen und Prügel bis zur Zwangsprostitution. Neben den unmittelbaren Verletzungen komme es bis zum Verlust der gesamten Lebensqualität. Die Verantwortung liege bei den Tätern, aber auch bei denen, die wegschauten und nichts dagegen unternähmen, begründete die Abgeordnete den Antrag. „Gewalt ist durch nichts zu entschuldigen oder zu rechtfertigen“, betonte die SPD-Sprecherin.

Verena Schäffer (Grüne) hoffte auf ein gemeinsames Vorgehen der Fraktionen, denn Gewalt gegen Frauen sei kein Kavaliersdelikt, sondern eine massive Menschenrechtsverletzung. Selbst aus volkswirtschaftlicher Sicht habe die Gewalt gravierende Folgen, nämlich knapp 15 Milliarden Euro in Deutschland, zitierte die Grüne Berechnungen des niedersächsischen Sozialministeriums. Kostenfaktoren wie Arbeitsausfälle, Polizeieinsätze und medizinische Behandlungen machten es notwendig, eine Fachstelle zu diesen Gewaltfolgen einzurichten. Daneben gelte es, die Prävention zu verstärken, insbesondere in Schulen und der Jugendhilfe.

Selbstverständlich gelte der Titel des Antrags „NRW schützt Frauen und Mädchen vor Gewalt“, meinte Wolfgang Exler (CDU). Es komme



aber nichts Neues auf den Tisch, zeigte sich der Abgeordnete enttäuscht. Er stimme allen Forderungen im Antrag zu, jedoch fehlten ihm Angaben zur Finanzierung der Vorhaben. Außerdem müsse man warten, bis 2012 der Aktionsplan vorliege, um konkrete Ziele bis zum Ende der Wahlperiode festzulegen, beklagte Exler. „Lassen Sie uns im Ausschuss gemeinsam über den Tellerrand hinausblicken und nachhaltige Lösungen erarbeiten“, appellierte auch der CDU-Sprecher an die anderen Fraktionen.

Gewalt dürfe in einer freien und fairen Gesellschaft keinen Platz haben, unterstrich Ingrid Pieper-von Heiden (FDP). Ebenso unbestritten sei aber, dass weder Gesellschaft noch Politik jegliche Gewalt verhindern könnten. Den besten Opferschutz sah sie in der Vorbeugung. Die Abgeordnete begrüßte den Antrag in der Ten-

denz, kritisierte aber, dass er nicht erkläre, „wie wir den Helfern die Ängste nehmen können, wegen ihres couragierten Eingreifens später in Regress genommen zu werden“. Außerdem verstand Pieper-von Heiden nicht, warum SPD und Grüne die Frauenhilfeeinrichtungen bei der Fortbildung ausklammerten.

Auch Hamide Akbayir (Linke) sah den Antrag in die richtige Richtung zielen. Zwei Ergänzungen waren ihr aber wichtig: Wenn das Land einem erweiterten Bedarf gerecht werden wolle, dürfe es sich nicht nur auf junge Frauen beschränken,

sondern müsse auch Migrantinnen, behinderte und ältere Frauen berücksichtigen und so zu einer größeren Differenzierung kommen. Zweitens betonte die Linke eine gesicherte Finanzierung als „Dreh- und Angelpunkt“, beispielsweise für die Öffentlichkeitsarbeit, die laut Antrag verstärkt werden solle. Darüber hinaus forderte Akbayir ein bundesweit einheitliches und verbindliches Finanzierungssystem.

Frauenministerin Barbara Steffens (Grüne) betonte das Anliegen, zunächst fundiert die unterschiedlichen Themenfelder und Zielgruppen zu analysieren. Manche seien bisher noch nicht erfasst oder würden nicht genügend erreicht wie etwa „Frauen in gehobenen Schichten“. Steffens stellte in Aussicht, auch im Opferschutz Tätige, Frauenhilfeeinrichtungen und Selbsthilfeorganisationen von Migrantinnen am ganzen Prozess zu beteiligen. Der neue, fundierte Weg, den die Landesregierung gehen wolle, gelinge aber nicht von heute auf morgen, widersprach die Ministerin Forderungen des CDU-Sprechers nach schnellerem Handeln. sow



Der Landtag hat den Antrag zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Frauen, Gleichstellung und Emanzipation überwiesen. Mitberatern sollen der Innen- und der Rechtsausschuss sowie der Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend. Im Frauenausschuss soll am Ende der Beratungen abschließend abgestimmt werden.

# Schlag auf Schlag

„Landtag Intern“ macht den Aufschlag, die Abgeordneten retournieren.



Andrea Milz (CDU)



Gerda Kieninger (SPD)

**Viele Frauen vollbringen unter erheblicher Kraftanstrengung ihr persönliches Meisterstück „Beruf und Familie“. Um ihnen dies zu ermöglichen, ist es notwendig, ...**

... zu der Einsicht zu gelangen, dass dies keine Aufgabe allein der Frau ist, sondern die Gesellschaft insgesamt (Politik, Arbeitgeber, Männer) gefordert ist.

... dass es eine verlässliche Kinderbetreuung gibt. Wir müssen alles dafür tun, dass wir den Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz bis spätestens 2013 erfüllen. Unsere besondere Unterstützung benötigen Alleinerziehende. Gerade für sie sind familienfreundliche Arbeitszeitmodelle unverzichtbar.

**Zahlreiche junge Frauen überholen ihre männlichen Zeitgenossen bei den Schul- und Studienabschlüssen. Trotzdem erreichen Sie häufig nicht die gleichen Führungspositionen. Daher muss Politik ...**

... für Transparenz sorgen: Unternehmen sollten einer Berichtspflicht unterliegen, wie sie Frauen auf allen Führungsebenen fördern, damit diese ihre Möglichkeiten voll ausschöpfen können.

... dafür sorgen, dass sie auch die gleichen Karrierechancen bekommen. Faktisch stoßen sie immer noch an die „gläserne Decke“. Selbstverpflichtungen der Wirtschaft haben nichts bewirkt. Die neuen regionalen Kompetenzzentren Frau und Beruf werden dazu die passenden Wege aufzeigen.

**Trotz ihrer guten Qualifikationen sind Frauen in weniger gut bezahlten Berufen überrepräsentiert. Aufgabe von Politik muss daher sein, ...**

... schon jungen Mädchen in der Schule Erfahrungen mit „untypischen“ Berufen zu ermöglichen, um alternative Berufswünsche zu wecken und das Zutrauen der Mädchen, sich entsprechend zu bewerben, zu stärken.

... Mädchen schon frühzeitig bei der Berufswahlorientierung die ganze Bandbreite von Berufen und ihre Aufstiegschancen aufzuzeigen. Auf der anderen Seite müssen z.B. Sorgeberufe besser anerkannt und aufgewertet werden.

**Derzeit diskutieren alle politischen Ebenen über eine mögliche freiwillige oder gesetzliche Frauenquote, etwa für die Führungsetagen börsennotierter Unternehmen oder generell für Aufsichtsräte. Aus meiner Sicht ...**

... hat die Kanzlerin Recht: eine zweite Chance für die Unternehmen, Frauenförderung ernsthaft freiwillig zu verankern. Führt dies nicht zum Erfolg, wird die Quote kommen.

... hilft nur eine gesetzliche Frauenquote. Es ist gut, dass die Landesregierung hierzu einen Gesetzentwurf auf den Weg gebracht hat! Das weiß im Übrigen auch Frau Merkel. Unternehmen mit quotiert besetzten Aufsichtsräten sind wirtschaftlich erfolgreicher. Länder wie Norwegen haben es bewiesen.

**Wissenschaftliche Studien belegen, dass weitaus mehr Frauen als Männer unter körperlicher oder seelischer Gewalt leiden oder davon bedroht sind. Die konkrete Aufgabe der Landespolitik sehe ich daher darin, ...**

... die in NRW bewährten Zufluchtsstrukturen zu bewahren und Gesprächsangebote für Opfer und Täter weiterhin sicherzustellen.

... dass jede von Gewalt betroffene Frau (und ihre Kinder) eine Zuflucht und professionelle Betreuung in einem der Frauenhäuser NRWs findet. Wir wollen in einem Landesgesetz eine einheitliche Finanzierung sicherstellen.

## Diesmal geht es um Frauenpolitik.

Verena Schäffer  
(Grüne)



... Männern deutlich zu machen, dass sie sich an Kindererziehung und Pflege von Angehörigen gleichberechtigt beteiligen müssen. Damit sowohl Frauen als auch Männer Beruf und Familie vereinbaren können, bedarf es familienfreundlicher Arbeitszeitmodelle, mehr Kitaplätze und der Unterstützung für pflegende Angehörige.

... für Chancengleichheit von Frauen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt kämpfen. Deshalb wollen wir Frauenförderung an den Universitäten, ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft, ein schlagkräftiges Landesgleichstellungsgesetz und die Einführung von regionalen Kompetenzzentren Frau und Beruf.

... für die Überwindung tradierter Rollenbilder zu sorgen, damit sich das Berufswahlspektrum von Mädchen und Jungen erweitert. Fachkräfte aus Kitas, Schule und Jugendhilfe müssen hinsichtlich geschlechtersensibler Berufswahlberatung geschult und Projekte zur Förderung junger Frauen ausgeweitet werden.

... ist eine Frauenquote für Aufsichtsräte unerlässlich, denn die freiwillige Selbstverpflichtung ist nach zehn Jahren definitiv gescheitert. Deshalb begrüße ich die Bundesratsinitiative der Landesregierung zur Einführung einer gesetzlichen Frauenquote, damit Aufsichtsräte keine frauenfreien Zonen bleiben.

... die Einrichtungen im Gewaltschutzbereich zu unterstützen und auszubauen. Wir werden mit dem Haushalt 2011 die zweite Fachkraftstelle in den Frauenhäusern wieder fördern, zudem arbeiten die Regierungsfractionen an einem Gesetz zur Herstellung eines Rechtsanspruchs für betroffene Frauen auf einen Frauenhausplatz.

Ingrid Pieper-  
von Heiden (FDP)



... die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter zu verbessern. In der Regierungsverantwortung von CDU und FDP bis 2010 wurde die Zahl der Betreuungsplätze für unter Dreijährige verachtacht. Zudem haben wir Ganztagsangebote an allen Schulformen ermöglicht. Familie ist für die FDP aber auch Männerarbeit.

... Rahmenbedingungen für geschlechtergerechte Bildungschancen und die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf vorantreiben. Um mehr Frauen in Führungspositionen zu bringen, setzt die FDP auch auf eine Selbstverpflichtung der Wirtschaft und bessere, flexible Arbeitsformmodelle.

... Maßnahmen und Kampagnen zu initiieren und auszubauen, um Mädchen und junge Frauen für ein noch breiteres Berufswahlspektrum zu interessieren. Die letztendliche Entscheidung muss aber ihnen selbst obliegen, Interesse und persönliches Engagement kann und darf man niemandem aufzwingen.

... ist eine gesetzliche Frauenquote der falsche Weg. Eine Quote schürt Vorurteile, auch gegen die Frauen, die ohne Quotenregelung ihren Weg gemacht hätten oder gemacht haben. Die FDP will gut ausgebildete, selbstbewusste, erfolgreiche Frauen in den Unternehmen, die keiner Quote für ihren Erfolg bedürfen.

... die Bürger für das Thema zu sensibilisieren. Nur wenn hier alle zusammen agieren, kann effektive, schnelle Hilfe geleistet werden. Zudem muss es das gesellschaftliche Ziel sein, junge Menschen zu starken Persönlichkeiten zu erziehen, die nicht Opfer, aber auch nicht Täter werden.

Hamide Akbayir (Linke)



... die überholten Mutterbilder, Rollenmuster und Denkweisen der „old boys networks“ über Bord zu werfen und endlich geschlechter- und lebensgerechte Arbeits- und Betriebsstrukturen sowie qualitative Kinderbetreuungsmöglichkeiten zu schaffen, die es Frauen und Männern erlauben, beruflichen Alltag, Familie und kulturelle und politische Entwicklung aktiv zu leben.

... ihrem verfassungsgemäßen Auftrag (Artikel 3, Absatz 2, GG) nachkommen und die bestehenden Benachteiligungen durch die „gläserne Decke“ auf den Arbeitsmärkten durchbrechen: durch verbindliche Quotenregelungen, die allen beispielsweise „BerufsanfängerInnen“ im öffentlichen Dienst sowie in der Privatwirtschaft gleiche Aufstiegschancen ermöglichen.

... eine vormals frühindustrielle Einteilung von sogenannten „Frauenarbeitsplätzen“ und „Männerarbeitsplätzen“ endgültig zu verlassen und Arbeitsplätze zeitgemäß und den Anforderungen entsprechend zu bewerten und zu entlohnen. Darüber hinaus sollte aber die gesamtgesellschaftlich notwendige Arbeit beachtet und aufgewertet werden.

... ist es widersinnig, dass in der Wirtschaft über Fachkräftemangel geklagt wird und demgegenüber ein starkes Leistungsvermögen von hochqualifizierten Frauen „verkümmert“. Allerdings darf der Aufschrei einer kleinen Minderheit hochgebildeter, weißer, gut bürgerlicher und gesunder Frauen nicht über die frauenspezifischen Probleme in neoliberalen Gesellschaften hinwegtäuschen.

... die gesetzlichen Regelungen dafür zu schaffen, dass Frauen und Kindern ein Anspruch auf eine einzelfallunabhängige und bedarfsgerechte Finanzierung eines Schutzraums gewährt wird. Daneben müssen Präventions- und Informationsangebote auf allen Ebenen miteinander verankert werden.

# Laufende Gesetzgebung

DRS.-NR.	GESETZ/INITIATOR	FEDERFÜHRENDER FACHAUSSCHUSS	GPL. BERATUNGSSCHRITTE	DRS.-NR.	GESETZ/INITIATOR	FEDERFÜHRENDER FACHAUSSCHUSS	GPL. BERATUNGSSCHRITTE
15/1312	Gesetz zur Erleichterung von Volksbegehren, SPD und Grüne	Vorschlag: Innenausschuss	1. Lesung 25.2.2011	15/976	Änderung des Landesimmissionsschutzgesetzes, LR	Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	Beratung wird fortgesetzt
15/1300	Ergänzung des Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes NRW für das Haushaltsjahr 2011, LR	siehe Drs. 15/1000	1. Lesung 23.2.2011	15/975	Gesetz zur Wiedereinführung der Stichwahl, LR	Ausschuss für Kommunalpolitik	Anhörung 25.3.2011
15/1269	Gesetz zur Gleichstellung der eingetragenen Lebenspartnerschaft mit der Ehe im Besoldungs- und Versorgungsrecht, LR	Vorschlag: Haushalts- und Finanzausschuss	1. Lesung 23.2.2011	15/853	Gesetz zur Änderung des Nachbarrechtsgesetzes – Wärmedämmung und Grenzständige Gebäude, SPD und Grüne	Rechtsausschuss	Anhörung 23.3.2011
15/1268	Gesetz zur Anhebung des Eingang- und des Spitzenamtes in der Laufbahn des Justizwachtmeisterdienstes NRW und zur Änderung des Besoldungsgesetzes, LR	Vorschlag: Haushalts- und Finanzausschuss	1. Lesung 23.2.2011	15/778	Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Justiz im Land NRW, LR – Rechnungswesen –	Rechtsausschuss	abschließende Ausschussberatung 23.3.2011
15/1144	Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Einrichtung eines flächendeckenden bevölkerungsbezogenen Krebsregisters in NRW, LR	Vorschlag: Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Integration	abschließende Ausschussberatung 23.3.2011	15/666	Gesetzentwurf zur Änderung des § 76 der Gemeindeordnung NRW (Genehmigung von Haushaltssicherungskonzepten mit einer längeren Laufzeit), SPD und Grüne	Ausschuss für Kommunalpolitik	Beratung wird fortgesetzt
15/1068	Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land NRW (Artikel 83), CDU – Schuldenbremse –	Haupt- und Medienausschuss	Beratung wird fortgesetzt	15/484	Abschaffung der Videoüberwachung von zwangsweise untergebrachten Patientinnen und Patienten in der Psychiatrie, FDP	Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Integration	Anhörung geplant
15/1066	Gesetz zur Demokratisierung des Kontrollgremiums, Linke	Rechtsausschuss	Ausschussberatung abgeschlossen, 2. Lesung 30./31.3.2011	15/474	Gesetz zum Erlass eines Bibliotheksgesetzes und zur Änderung der Landschaftsverbandsordnung, CDU	Kulturausschuss	Anhörung 4.5.2011
15/1061	Fünftes Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes, SPD und Grüne – Einschulungsalter –	Ausschuss für Schule und Weiterbildung	Ausschussberatung 16.3.2011	15/465	Gesetz zur Einleitung von Abwahlverfahren von Bürgermeistern und Landräten durch Bürgerbegehren, Linke	Ausschuss für Kommunalpolitik	Anhörung 25.3.2011
15/1002	Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes NRW an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2011 (Gemeindefinanzierungsgesetz), LR	siehe Drs. 15/1000	1. Lesung 23.2.2011	15/135	Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes Rücknahme des sogenannten „Turbo-Abiturs“ G8 in der Sekundarstufe I, Linke	Ausschuss für Schule und Weiterbildung	Beratung im Ausschuss am 16.3.2011 2. Lesung im März/April 2011
15/1000	Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes NRW für das Haushaltsjahr 2011, LR	Vorschlag: Haushalts- und Finanzausschuss	1. Lesung 23.2.2011	15/97	Gesetz zur Verbesserung von Chancengleichheit beim Hochschulzugang in NRW, LR – Studiengebühren –	Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie	2. Lesung 24.2.2011
15/977	Gesetz zur Änderung des Wasserentnahmentgeltgesetzes, LR	Vorschlag: Haushalts- und Finanzausschuss	1. Lesung 23.2.2011				

LR = Landesregierung; Gesetzstitel zum Teil verkürzt

## Abgeschlossene Gesetzgebung

In der Plenarsitzung vom 2.- 4. Februar 2011 wurden keine Gesetze verabschiedet.

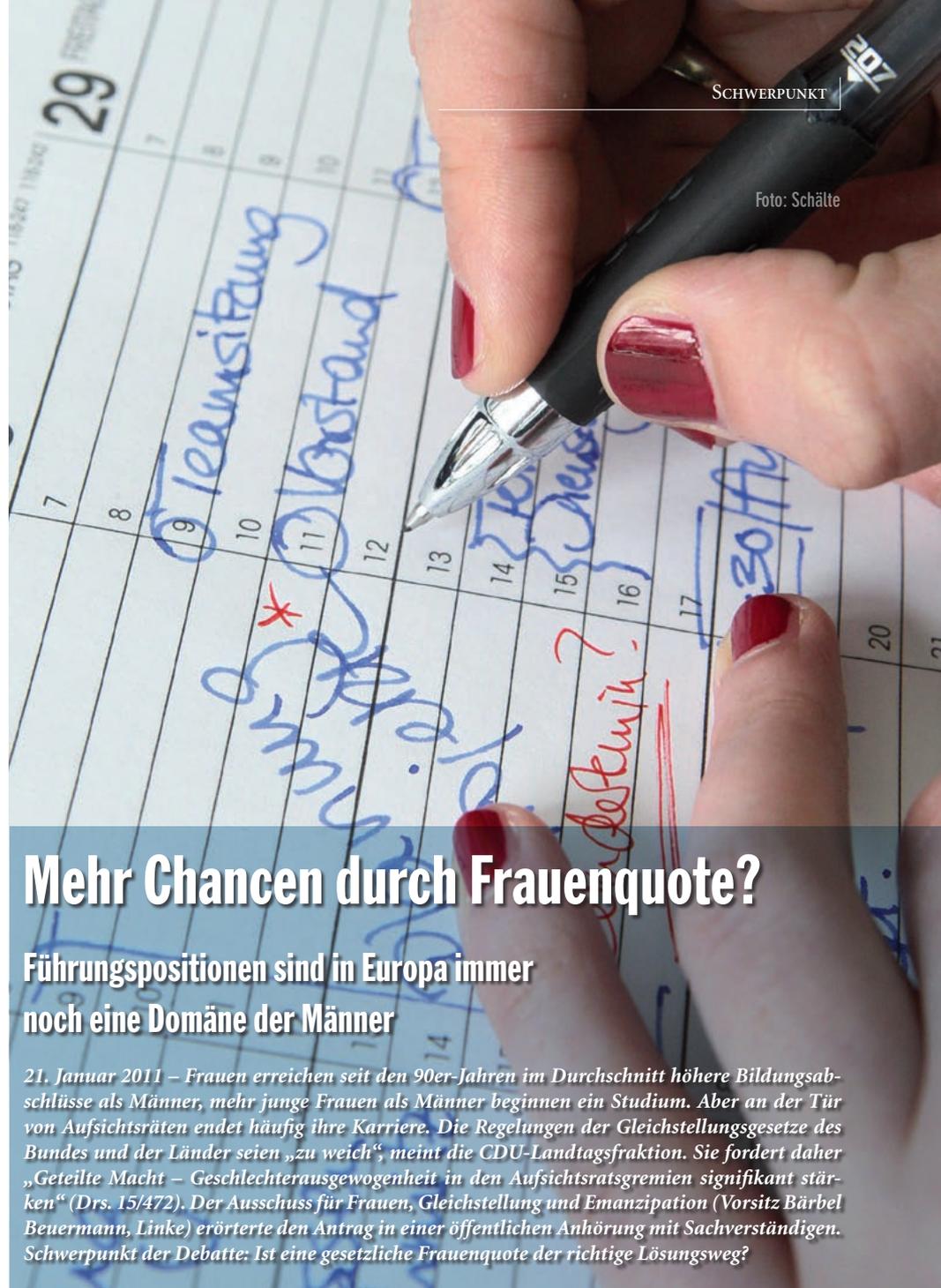
Ein Gesetzesentwurf wird mindestens zweimal im Plenum behandelt (1. und 2. Lesung). Dazwischen wird er von den zuständigen Fachausschüssen beraten. Im Internet finden Sie unter [www.landtagintern.de](http://www.landtagintern.de) Links zu ausführlicheren Informationen. Diese werden in der Regel wöchentlich aktualisiert.

Große, börsenorientierte Unternehmen sollen sich in der EU freiwillig verpflichten, bis 2015 rund 30 Prozent und bis 2020 an die 40 Prozent der Aufsichtsratsposten mit Frauen zu besetzen. Eine entsprechende verbindliche Vereinbarung will jedenfalls EU-Kommissarin Viviane Reding mit diesen Unternehmen noch im Jahr 2011 treffen. Sollte kein Fortschritt erzielt werden, denkt Reding an eine gesetzliche Frauenquote auf europäischer Ebene. Das erklärte Dr. Daniela Bankier, Leiterin der Abteilung für Gleichstellung von Frauen und Männern bei der EU-Kommission. „Vizepräsidentin Reding ist besorgt über den mangelnden Fortschritt auf dem Gebiet von Frauen in Führungspositionen in Europa“, so Bankier. Unter zehn Aufsichtsratsmitgliedern sei nur eine Frau, geführt werde ein solches Gremium meist von einem Mann. Als Vorbild bei der Umsetzung der Chancengleichheit in Führungspositionen nannte die Expertin Norwegen. Das Land habe 2006 eine gesetzliche Quote eingeführt, nach der bis 2008 mindestens 40 Prozent Frauen in Aufsichtsräten vertreten sein müssten. Wenn dies nicht gelinge, drohten Geldstrafen oder sogar die Auflösung des betroffenen Unternehmens. Dänemark, Finnland, Irland und Island hätten seit dem Jahr 2000 dank der Frauenquote das Geschlechtergleichgewicht zumindest schon in Aufsichtsräten staatlicher Unternehmen erreicht, berichtete die EU-Vertreterin. Deutschland liege mit einer inoffiziellen Quote von zwölf Prozent im europäischen Durchschnitt.

#### „QUOTENFRAU“

Über den Nutzen einer Frauenquote und vor allem die Bezeichnung gingen die Meinungen im Ausschuss auseinander. Verena Schäffer, Sprecherin der Grünen, warnte davor, eine „Quotenfrau“ zu schaffen, wollte in der Debatte zudem die Frage der Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen geklärt wissen. „Die Frage ist doch, wie ich die gesellschaftlichen Normen ändern kann“, regte auch Andrea Milz (CDU) an. Noch immer würden Karrierefrauen als „Rabenmütter“ angesehen und Männer in Elternzeit „belächelt“.

Nach Ansicht von Monika Schulz-Strelow, Präsidentin des Berliner Vereins „Frauen in die Aufsichtsräte“, ist eine gesetzlich geregelte Quote „unverzichtbar“. „Durch die Selbstverpflichtung der Unternehmen seit 2001 ist nichts passiert, deshalb muss man den Druck



## Mehr Chancen durch Frauenquote?

### Führungspositionen sind in Europa immer noch eine Domäne der Männer

21. Januar 2011 – Frauen erreichen seit den 90er-Jahren im Durchschnitt höhere Bildungsabschlüsse als Männer, mehr junge Frauen als Männer beginnen ein Studium. Aber an der Tür von Aufsichtsräten endet häufig ihre Karriere. Die Regelungen der Gleichstellungsgesetze des Bundes und der Länder seien „zu weich“, meint die CDU-Landtagsfraktion. Sie fordert daher „Geteilte Macht – Geschlechterausgewogenheit in den Aufsichtsratsgremien signifikant stärken“ (Drs. 15/472). Der Ausschuss für Frauen, Gleichstellung und Emanzipation (Vorsitz Bärbel Beuermann, Linke) erörterte den Antrag in einer öffentlichen Anhörung mit Sachverständigen. Schwerpunkt der Debatte: Ist eine gesetzliche Frauenquote der richtige Lösungsweg?

verstärken“, so Schulz-Strelow. Nordrhein-Westfalen müsse dabei auf öffentliche und private Einrichtungen blicken. „Deutschland hinkt hier sogar Russland, China und Brasilien hinterher“, betonte Carmen Tietjen vom Deutschen Gewerkschaftsbund und plädierte für die Einführung der Frauenquote. „Wenn es um Geld und Macht geht, passiert ohne gesetzliche Regelungen und Sanktionen nichts“, ergänzte Ramona Pisal vom Deutschen Juristinnenbund Berlin.

Stefan Jauernig schlug ebenfalls vor, eine „Geschlechterquote“ gesetzlich festzulegen. Er selbst habe sich bei der IHK Köln dafür eingesetzt, dass Frauen 2010 erstmals in der 200-jährigen Geschichte der Kammer auch in das Präsidium gewählt wurden.

Die SPD-Sprecherin Gerda Kieninger riet davon ab, sich von der Höhe der Quote beeinflussen zu lassen. Zu klären sei aber die Frage

der Sanktionen für Unternehmen bei Verstößen. Auch der Leiter des Instituts für Unternehmensführung der Universität Kiel, Prof. Dr. Haben Lindstädt, sprach sich dafür aus, solche Verstöße im Gesetz zu verankern, zumal die freiwillige Vereinbarung mit der deutschen Wirtschaft nicht die erhoffte Wirkung erzielt habe. Aus seiner Sicht ergebe sich die „völlig unbefriedigende Repräsentanz von Frauen in Aufsichtsräten daraus, dass sie schon in den Managementpositionen der Unternehmen nur in geringem Maß vertreten sind“. An mangelnder Qualifikation liege das sicher nicht.

Als unangemessenen Eingriff in die Wirtschaft bezeichneten dagegen die Wirtschafts-junioren Deutschland eine Frauenquote. Sie forderten vielmehr die Unternehmen auf, „die Rahmenbedingungen so zu ändern, dass auch Frauen mit Verantwortung für Familien Aufstiegschancen haben“. *Andrea Stockhausen*

## +++ Meldungen +++

**Gewalt: Mehr Schutz für Polizei**

10. Februar 2011 – Über mehr strafrechtlichen Schutz für Rettungskräfte und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Polizei und Feuerwehr haben kürzlich Fachleute im **Innenausschuss** (Vorsitz Monika Düker, Grüne) gesprochen. Basis war ein Antrag der CDU. Darin fordert die Fraktion unter anderem einen zusätzlichen Paragraphen 115 im Strafgesetzbuch als Reaktion auf Angriffe gegenüber Amtsträgern. Der jetzige Paragraph 113 habe erhebliche Mängel, bestätigten Vertreter von Polizei und den entsprechenden Gewerkschaften. So sei es unter anderem sinnvoll, dass die Täter mit einer höheren Mindeststrafe rechnen müssten. Die bisherige Regelung reiche völlig aus, betonten hingegen Wissenschaftler und Juristen. Amtsträger seien ausreichend geschützt. Darüber hinaus wirke eine höhere Strafe bei Affekttaten sowieso nicht abschreckend. Einig waren sich alle Fachleute letztlich darin, dass Paragraphen, in welcher Form auch immer, nicht ausreichen, um dem gesellschaftspolitischen Problem zu begegnen. Hier seien anderweitige Präventionsmaßnahmen notwendig.

**Sicherheit im Bahnverkehr**

10. Februar 2011 – Nach einem Zugunglück in Sachsen-Anhalt, bei dem auf einer eingleisigen Strecke ein Güter- mit einem Personenzug frontal zusammengestoßen war, haben die Mitglieder des **Ausschusses für Bauen, Wohnen und Verkehr** (Vorsitz Dieter Hilser, SPD) Vertreter der Deutschen Bahn nach der Sicherheit auf nordrhein-westfälischen Streckenabschnitten befragt. Derzeit, so die Antwort, gebe es in NRW sechs eingleisige Strecken, die jedoch, sofern sie nach demselben Verfahren wie am Unglücksort betrieben würden, alle über ein automatisches Sicherungssystem verfügten. Dieses stoppe den Zug, wenn ein Haltsignal überfahren werde. Mit dieser Sicherheitstechnik war der Streckenabschnitt in Sachsen-Anhalt noch nicht ausgestattet gewesen. Vier der sechs Streckenabschnitte in NRW verfügten nicht über die Technik, würden aber nach einem anderen Betriebsverfahren befahren, erklärten die Vertreter der Bahn. Dort liefen Planungen zur Nachrüstung mit der Sicherheitsautomatik.

**Neuaufgabe der Kormoran-Verordnung vorerst gescheitert**

16. Februar 2011 – Mit dem Schutz von durch Kormorane bedrohten Fischarten hat sich der **Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** (Vorsitz Friedhelm Ortgies, CDU) beschäftigt. Die CDU plädierte in einem Antrag dafür, die Landesregierung aufzufordern, noch bis zum Herbst eine neue Kormoran-Verordnung zum Schutz der Fische zu erlassen – die im März ausgelaufene Vorgängerversion habe sich bewährt, argumentierte die antragstellende Fraktion. Es sei höchste Zeit zu handeln, die be-

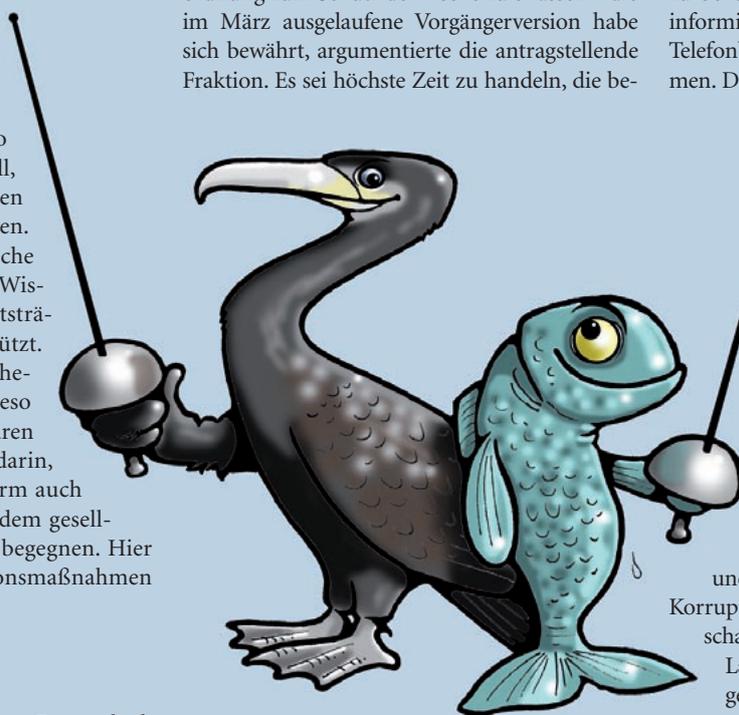


Illustration: Peter Flock

reits vorliegenden Zahlen sprächen für sich. Insbesondere die Regierungsfractionen sprachen sich jedoch dafür aus, zunächst die Ergebnisse einer weiteren Bestandsaufnahme abzuwarten. Im Beisein zahlreicher Gäste aus der Fischerei- und Anglerbranche lehnte der Umweltausschuss den Antrag am Ende mit den Stimmen von SPD, Grünen und Linken ab.

**Telefonhotline zum Thema Beschneidung**

11. Februar 2011 – Seit Januar hat Nordrhein-Westfalen die bundesweit erste mehrsprachige Telefonhotline zum Thema Genitalverstümmelung. „Kutairi“ heißt sie und wird laut Frauenministerin Barbara Steffens (Grüne) vom Land anschubfinanziert. Die Verantwortlichen, Günter Haverkamp vom Verein „Aktion Weißes Friedensband“ und Jawahir Cumar von der Beratungsstelle „Stop Mutilation“, waren nun zu Gast im

**Ausschuss für Frauen, Gleichstellung und Emanzipation** (Vorsitz Bärbel Beuermann, Linke). Die Beschneidung von Mädchen sei in Deutschland noch ein absolutes Tabuthema, so Haverkamp. Zielgruppe der anonymen Hotline sei vor allem das Umfeld der Betroffenen. Um den Ratsuchenden möglichst gut helfen zu können, suchen die Verantwortlichen derzeit nach Krankenhäusern, Ärztinnen, Ärzten und Hebammen, die kompetent sind, beschneidene Frauen etwa bei der Geburt des Kindes zu behandeln. Außerdem wollen sie landesweit informieren und fortbilden. NRW habe mit der Telefonberatung eine Vorreiterrolle übernommen. Darüber hinaus wünschten sie sich weitere kommunale runde Tische, wie es sie in Düsseldorf oder Hagen bereits gebe. Die Abgeordneten signalisierten, als Multiplikatoren in ihren Städten und Gemeinden auf das Thema aufmerksam machen zu wollen, um so möglichst schnell und flächendeckend für das Problem zu sensibilisieren.

**Ermittlungen wegen Korruptionsverdacht bei Landesbetrieb**

17. Februar 2011 – Im **Unterausschuss Landesbetriebe und Sondervermögen** (Vorsitz Christian Möbius, CDU) des Haushalts- und Finanzausschusses ging es um den Korruptionsverdacht beim Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW (BLB). Ein Vertreter der Landesregierung bestätigte Durchsuchungen durch die Staatsanwaltschaft Wuppertal am 9. Februar 2011. Auch seien das Finanzministerium und andere Behörden um Auskunft gebeten worden. Dem sei man nachgekommen und habe volle Kooperation zugesagt. Mit Rücksicht auf die staatsanwaltlichen Ermittlungen könne er dem Ausschuss aber keine weiteren Informationen geben. Eine Sonderprüfung solle, bezogen auf einzelne BLB-Projekte, klären, ob betriebsinterne Weisungen und Regelungen eingehalten worden seien. Die Grünen kritisierten die Struktur des BLB-Verwaltungsrats als überholt, da dieser nur das Handeln des BLB kontrollieren könne, nicht aber, ob die Auftragsvergabe durch die Landesregierung wirtschaftlich sei. Nach der zukünftigen Struktur der Aufsichtsratsgremien befragt, erklärte der Gast im Ausschuss: „Ich glaube, der Verwaltungsrat hat sich bewährt.“ Er schloss aber nicht aus, dass man sich auch diesem Thema vorsichtig nähern könne, auch wenn es derzeit nicht im Fokus stehe. Man könne aber fragen, in welchem Umfang die Ministerien den BLB besser kontrollieren könnten.

# Schwieriges Thema Schulden

## Steuern rauf? Ausgaben runter?

### Sachverständige uneins über richtigen Weg

10. Februar 2011 – NRW müsse auf den Pfad der Konsolidierung zurückkehren, fordert die CDU-Fraktion in einem Antrag (Drs. 15/209). Nach der Wirtschafts- und Finanzkrise gelte es nun, an die kommenden Generationen zu denken und den Schuldenberg abzutragen. Der Haushalts- und Finanzausschuss (Vorsitz Manfred Palmen, CDU) hörte dazu Sachverständige an, die teils weniger Ausgaben und teils mehr Einnahmen als den richtigen Lösungsweg ansahen.

Das strukturelle Defizit, also die dauerhafte Schuldenlast des Landes, die nicht mit einem konjunkturell guten oder schlechten Jahr schwankt, schätzten die Fachleute auf etwa 4,5 bis 6,5 Milliarden Euro. Dr. Achim Truger von der Hans-Böckler-Stiftung rechnete noch weitere 2 Milliarden Euro strukturelle Schulden der nordrhein-westfälischen Kommunen hinzu. Die Hauptursache für die gravierenden Schulden sah er in erheblichen Steuersenkungen in Deutschland, begleitet von einem schwachen Wachstum. Die Ausgabenpolitik bezeichnete er hingegen als moderat. Um den Landeshaushalt zu sanieren, hielt er zwar deutliche Steuererhöhungen für notwendig, problematisierte aber gleichzeitig, dass das Land nicht einfach Steuern erheben könne. Wer Steuererhöhungen fordere, warf Heinz Wirz vom Bund der Steuerzahler ein, müsse auch sagen, zu wessen Lasten dies gehen solle. Er befürchtete, es treffe die Arbeitnehmerschaft, die Verbraucherinnen und Verbraucher und den Mittelstand. Außerdem hielt er den Weg für nicht zielführend: „Das reicht niemals.“

#### APPEL AN ALLE

Prof. Dr. Gisela Färber von der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer warnte dagegen vor Steuererhöhungen. Steuersenkungen hielt sie aber ebenso für kontraproduktiv. Es komme stattdessen darauf an, dass die Landesregierung die erheblichen Steuererhöhungen, auf die die Wachstumsprognosen hoffen ließen, zur Sanierung des Haushalts nutze – auch wenn dies politisch schwierig zu vermitteln sei. Färber hielt den Schuldenberg für ein gemeinsames Werk mehrerer bisheriger Regierungen und appellierte daher an Regierung und Opposition, eine Lösung nun gemeinsam zu tragen.

Auf ein erwartetes gutes Wachstumsjahr bezog sich auch Dr. Rainer Kambeck vom Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung. Er machte allerdings darauf aufmerksam, dass eine konjunkturelle Verbesserung wenig beim Abbau der strukturellen

Defizite helfe. Als zu hohe Ausgaben des Landes kritisierte er eine zu wenig effiziente Bildungsfinanzierung und den Rettungsschirm für Kommunen. Zwar sei es richtig, einzelne Städte oder Gemeinden umfangreich zu entlasten. Eine solch starke generelle Hilfe entlasse die Kommunen aber zu sehr aus ihrer Verantwortung, selbst sparsam zu haushalten. Insgesamt sah Kambeck aber Spielraum für eine strukturelle Schuldensenkung in den nächsten Jahren.

Dem schloss sich Dr. Michael Thöne von der Universität Köln an. Kein konjunktureller Aufschwung, sondern nur gezielte Maßnahmen bis 2020 könnten am strukturellen Defizit des Landes etwas ändern. Auch er plädierte dafür, vor allem Effizienzspielräume im Haushalt auszunutzen. Zudem stellte Thöne die Idee einer Landeseinkommenssteuer in den Raum. Einsparpotenzial sah Prof. Dr. Winfried Fuest vom Institut der Deutschen Wirtschaft außerdem bei den Pensionsausgaben. Das Versorgungsniveau für pensionierte Beamtinnen und Beamten hielt er mit etwa 71 Prozent der letzten Gehaltszahlungen ohnehin für unverhältnismäßig hoch.

Prof. Dr. Ulrich van Suntum von der Universität Münster warnte eindringlich vor einer zu hohen Schuldenlast, die ab 90 Prozent des Bruttoinlandsprodukts das Wachstum eines Landes behindere. Deutschland bewege sich bereits auf 80 Prozent zu. Außerdem rechnete er vor, dass die Zinslast der letzten 15 Jahre genauso hoch gewesen sei wie die Neuverschuldung. Damit sei klar, dass die zusätzlichen Schulden nicht einmal Geld für politisches Handeln gebracht hätten. Man mache Schul-



Foto: Schälte

den, um Schulden zu bezahlen. Allerdings würden Regierungen nicht dafür gewählt, Geld zu sparen, sondern dafür, Geld auszugeben. Den einzigen Schutz davor bietet eine in der Verfassung festgeschriebene Schuldenbremse.

Prof. Dr. Heinz J. Bontrup beklagte einseitige Argumentationen der Sachverständigen. Jährlich gingen dem Bund 110 Milliarden Euro an Einnahmen durch Wirtschaftskriminalität verloren, rechnete er vor. Diese Steuerausfälle gelte es zu allererst einmal abzustellen. Des Weiteren forderte der Wissenschaftler massive Erhöhungen bei der Vermögens- und Erbschaftssteuer. Schließlich fragte er nach Ursachen der Staatsverschuldung, die bislang völlig unberücksichtigt geblieben seien. Diese sah Bontrup in der Massenarbeitslosigkeit, in der Wiedervereinigung, in Steuersenkungen und in der Finanz- und Wirtschaftskrise. sow

Beiträge in alleiniger Verantwortung der Fraktionen

## EU-Fördergelder: Keine Rückkehr zu Ruhrgebietsmonopolen



Nordrhein-Westfalen muss die Mittel der EU-Strukturpolitik weiterhin gezielt auf zukunfts- und wachstumsorientierte Maßnahmen konzentrieren, darin sind sich die CDU-Landtagsfraktion und der regionalpolitische Sprecher der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Markus Pieper, einig. Ilka von Boeselager, europapolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, die zu einem Gedankenaustausch der Fraktion mit Markus Pieper eingeladen hatte, präzisiert: „Im Jahr 2007 eingeführte Wettbewerbspraxis, mit der die Mittel landesweit ausgeschrieben werden, gilt innerhalb der gesamten EU als vorbildlich. Auch für die Zukunft muss das Prinzip lauten: Je innovativer ein Wettbewerbsbeitrag ist und je mehr er für die Beschäftigungssituation verspricht, desto größer die Chancen auf Förderung.“

Die Europa-Expertin warnt vor einer Aushöhlung des Innovationswettbewerbs schon in der derzeitigen EU-Förderperiode: „Es gibt immer mehr Hinweise darauf, dass die rot-grüne Landesregierung künftig wieder die großen Städte im Ruhrgebiet zum alleinigen Nutznießer von Förderinstrumenten machen möchte. Im Ergebnis verliert vor allem der ländliche Raum.“ Diese Zielrichtung werde parallel auch in der Vorlage des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2011 deutlich.

Von Boeselager fordert die Landesregierung auf, an den „hochwirksamen und transparenten Wettbewerbsstrukturen festzuhalten und aktiv an der europäischen Wachstumsstrategie mitzuwirken: „Nordrhein-Westfalen leistet als Region einen zentralen Beitrag zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der EU. Für die kommende Förderperiode ab dem Jahr 2014 müssen wir uns in Brüssel jetzt mit Nachdruck positionieren und auch den Mehrwert deutlich machen, den wir mit unserem Innovationswettbewerb stiften.“



## Bilanz 2010 – Ein erfolgreicher Start in die rot-grüne Koalition

Das Jahr 2010 brachte in der Geschichte Nordrhein-Westfalens viele Neuerungen mit sich: Die alte schwarz-gelbe Regierung wurde am 9. Mai 2010 nach nur einer Amtsperiode sofort wieder abgewählt; das hat es noch nie gegeben. Seitdem arbeiten im Landtag fünf Fraktionen; auch das hat es seit über 50 Jahren nicht gegeben. Und: Die SPD im Düsseldorfer Landtag hat mit den Grünen eine Koalition gebildet, der im Landtag eine Stimme zur absoluten Mehrheit fehlt. Am Anfang glaubten viele, dass das nicht reichen kann. Trotzdem ist diese Regierung mit Ministerpräsidentin Hannelore Kraft an der Spitze erfolgreich! Mehr und mehr macht sich die Einsicht breit, das wird gut gehen mit dieser neuen Regierungskoalition, das wird eine lange Strecke werden in Nordrhein-Westfalen bis zur nächsten Landtagswahl.

Die SPD-Fraktion hat jetzt eine Bilanz für das vergangene Jahr veröffentlicht, die zeigt: Die SPD hat seit der Landtagswahl in 2010 keine einzige Abstimmung im Plenum verloren. Die Menschen merken, dass sich etwas ändert in diesem Land. Es geht voran. Es gibt große Erwartungen in den Kitas, in den Schulen, den Universitäten, den Unternehmen, den öffentlichen Verwaltungen und vor allem in den Kommunen, die wieder ernst genommen werden wollen. Wir werden unser Bildungssystem gerechter und leistungsfähiger gestalten. Das Ziel ist die Beste Bildung für alle. Gebührenfreie frühkindliche Bildung und Förderung auf hohem qualitativen Niveau, längeres gemeinsames Lernen in der Schule und ein beitragsfreies und qualitativ hochwertiges Studium sind der Schlüssel für wirtschaftliche Stärke und Zukunftsfähigkeit, für Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit. Und sie sind die Voraussetzung dafür, dass sozialer Aufstieg für mehr Menschen in unserem Land möglich wird.

In der Broschüre „Bilanz 2010 – Ein erfolgreicher Start in die rot-grüne Koalition“ finden Sie viele weitere Beispiele dafür, wie die SPD-Landtagsfraktion in den ersten Monaten der neuen, 15. Legislaturperiode die Fehler und Versäumnisse der alten schwarz-gelben Koalition erfolgreich korrigiert und neue Initiativen auf den Weg gebracht hat. Die Broschüre kann kostenlos bei der Pressestelle der SPD-Fraktion NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, bestellt werden. Natürlich findet man sie auch im Internet:

[www.spd-fraktion.landtag.nrw.de](http://www.spd-fraktion.landtag.nrw.de)



## NRW – Wegbereiter einer modernen Migrationspolitik

Einen vollen Plenarsaal bescherte der GRÜNEN Landtagsfraktion, vertreten durch Monika Dücker und Arif Ünal, die hochkarätig besetzte Veranstaltung „NRW- Wegbereiter einer modernen Migrationspolitik“. In zwei Diskussionsrunden tauschten sich Politik und Wissenschaft zu Fragen wie „Wann bin ich integriert?“ und „Ist der Islam ein Integrationshemmnis?“ aus. Ein Ergebnis: Integration in Deutschland ist besser als ihr Ruf!

Sowohl Dr. Gunilla Fincke vom Rat deutscher Integrationsstiftungen als auch Prof. Sonja Haug, Mitverfasserin der Studie „Muslimisches Leben in NRW“, konnten diesen Befund im Grundsatz bestätigen. Tausende Interviews im Rahmen von Studien zeigten, dass Menschen mit und ohne Migrationshintergrund im Alltag Integration weit positiver erleben als auf abstrakter Ebene. Dennoch wurden der Politik viele Hausaufgaben aufgegeben. Ein zentraler Punkt muss dabei der Abbau von Vorurteilen sein, forderte Prof. Andreas Zick vom Bielefelder Institut für Gewalt- und Konfliktforschung. Gerade Muslimen werde seitens der Mehrheitsbevölkerung mit ablehnenden Haltungen begegnet. Asli Sevindim,



Moderatorin der Aktuellen Stunde, forderte zu verstehen, dass alle, die hier sind, auch dazugehören: „Ich bin wütend, wie viele Menschen mit Migrationshintergrund, wenn ich an die Diskussionen in den letzten Monaten denke.“

Aiman Mazyek, Vorsitzender des Zentralrats der Muslime, forderte die Einführung eines islamischen Religionsunterrichts in vergleichbarer Weise wie bei Christen.

Cem Özdemir, Armin Laschet und Integrationsstaatssekretärin Zülfiye Kaykin waren sich im Wesentlichen einig, dass die Debatte um das Sarrazin-Buch „Deutschland schafft sich ab“ bei den Integrationsbemühungen nicht hilfreich war. Özdemir machte sich für ein modernes Zuwanderungs- und Staatsangehörigkeitsrecht stark. Dass Menschen gezwungen werden, sich zwischen zwei Staatsangehörigkeiten zu entscheiden, sei vollkommen überholt.



## FDP-Fraktion: Kulturhauptstadt hat Identität gestiftet

Ein Jahr lang hat Essen als Kulturhauptstadt im Fokus der europäischen Kulturszene gestanden. „Wie geht es weiter mit dem Standort Ruhr und was bleibt vom Kulturhauptstadtjahr übrig?“ – diese Frage hat die FDP-Landtagsfraktion bei der Veranstaltung „Kulturhauptstadt im Dialog“ in Essen mit rund 100 Gästen aus der Region diskutiert. Ralf Witzel, Parlamentarischer Geschäftsführer der FDP-Landtagsfraktion, zog



gemeinsam mit FDP-Kulturexpertin Angela Freimuth sowie dem künstlerischen Leiter der RUHR.2010, Dieter Gorny, und dem Vorstandsvorsitzenden des Ruhrverbandes, Harro Bode, eine positive Bilanz des zurückliegenden Jahres. „Das Kulturhauptstadtjahr war ein großer Erfolg für die Region“, betonte Witzel. Es habe eine hervorragende Plattform geboten, um die Region mit ihrer kulturellen Vielfalt und ihrem enormen künstlerischen Potenzial sowohl national als auch international bekannter zu machen. „RUHR.2010 hat einen wichtigen Impuls zur weiteren Entwicklung der Region gegeben“, sagte Witzel. FDP-Kulturexpertin Angela Freimuth resümierte: „Auf die Kulturhauptstadt können alle Essener stolz sein.“ Im Jahr 2010 sei im Ruhrgebiet eindrucksvoll unter Beweis gestellt worden, wie durch Kultur Identität gestiftet werden könne. Als „Prozess des Identitätsfindens“ bezeichnete ebenfalls Dieter Gorny das zurückliegende Jahr. „Die Pflicht ist mit dem Festival gelungen. Jetzt kommt die Kür“, betonte Gorny. Die neue Begeisterung für den Wandel durch Kunst und Kultur habe sich 2010 im Ruhrgebiet etabliert. „Jetzt kommt es darauf an, diese Begeisterung zu erhalten.“ Ziel müsse es zudem sein, weitere Potenziale in der Region zu wecken und Nachhaltigkeit zu erreichen, stellte Witzel heraus. Deshalb wirbt die FDP für eine Wiederholung erfolgreicher Ereignisse wie dem Still-Leben A 40, um die Erinnerung an das europäische Kulturhauptstadtjahr auf Dauer wachzuhalten.



## Studiengebühren abschaffen – nur DIE LINKE will dies sofort und voll kompensiert

DIE LINKE fordert kostenlose Bildung für alle, sodass die sofortige Abschaffung der Campus-Maut ein erster Schritt ist, besonders was die Entlastung der Studierenden und Familien in Nordrhein-Westfalen angeht.

Die Landesregierung und DIE LINKE wollen die Abschaffung der Studiengebühren, haben dies im Wahlkampf versprochen, aber das Wie und Wann sind die Streitpunkte:

Die LINKE im Landtag NRW hat mit ihrem Gesetzentwurf direkt nach der Landtagswahl im Mai 2010 die Abschaffung auf die parlamentarische Tagesordnung gesetzt. Durch die Verweigerungshaltung von SPD und Grünen wurde die Abschaffung zum Wintersemester 2010/11 unmöglich. Dann brachte die Landesregierung im September 2010 einen eigenen Gesetzentwurf ein, der die Streichung der Studiengebühren auf das Wintersemester 2011/12 verschob. Daraufhin warf DIE LINKE ihrerseits den Kompromissvorschlag Sommersemester 2011 in den Ring. Auch hier verweigert sich die Minderheitskoalition strikt.

Der zentrale Diskussionspunkt ist die unzureichende Kompensation für die Hochschulen. DIE LINKE bemängelt, dokumentiert auch durch einen Änderungsantrag, dass die avisierten „Kompensationsmittel“ von 249 Mio. Euro jährlich, die die Landesregierung unter den Hochschulen jedes Semester neu verteilen will, nicht die Mittel aus den von Studierenden eingezogenen Studienbeiträgen abdecken. Bei der derzeitigen Anzahl Studierender betrüge die Pro-Kopf-Kompensation nur 306 Euro.

Auch der vorgelegte Haushaltsentwurf 2011 bleibt bei dieser Mindestsumme. So wird es Aufgabe der Fraktion DIE LINKE sein, im Haushalt für weitere Kompensationsmittel zu sorgen, denn ansonsten werden mit steigenden Studierendenzahlen, dem doppelten Abiturjahrgang und der Aussetzung der Wehrpflicht der Pro-Kopf-Betrag für die Hochschulen weiter sinken und die strukturelle Unterfinanzierung der Hochschulen weiter zunehmen.

Wenn die Landesregierung Investitionen in Bildung vornehmen will, wie sie allerorten nicht müde wird zu erklären, dann dürfen die Hochschulmittel nicht geringer werden! DIE LINKE wird weiterhin für mehr Investitionen in Bildung streiten und die Vorhaben der Minderheitsregierung kritisch begleiten.



# Neuaufgabe des Tariftreuegesetzes?

## Pro und Contra der Sozialpartner

**17. Februar 2011 – Die Vergabe von Bauaufträgen und Verkehrsdienstleistungen durch Land und Kommunen soll an Tarifverträge, auf jeden Fall aber an ein Mindestentgelt von 10 Euro gebunden werden, fordert die Linksfraktion (Drs. 15/656) und verlangt ein entsprechendes Tariftreuegesetz. Ein Vorläufer galt bereits von 2002 bis 2006. Dies war Schwerpunkt einer gemeinsamen Anhörung der Ausschüsse für Wirtschaft, Mittelstand und Energie (Vorsitz Dr. Jens Petersen, CDU) sowie für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Integration (Vorsitz Günter Garbrecht, SPD). Hier kamen vor allem die Arbeitgeber sowie die Gewerkschaften zu Wort.**

Dr. Stephan Wimmers von der Industrie- und Handelskammer NRW hielt neue Regelungen für überflüssig. Denn die an Tarifverträge gebundenen Arbeitgeber hielten sich an diese, die nicht gebundenen Arbeitgeber an allgemeinverbindliche Tarifverträge oder an das Verbot, sittenwidrig niedrige Löhne zu zahlen. Dr. Franz Wackers vom NRW-Handwerkstag verwies außerdem auf die im Entsendegesetz vorgeschriebenen Mindestarbeitsbedingungen.

### ARBEITGEBER: REGELN REICHEN

Jeder Eingriff des Gesetzgebers in die im Grundgesetz verankerte Tarifautonomie verhindere den Ausgleich zwischen den Interessen der Tarifpartner, befand die Landesvereinigung der Unternehmensverbände NRW, vertreten durch Johannes Pöttering. Außerdem würden gerade kleinere Betriebe durch den Verwaltungsaufwand überfordert. Gleiches gelte für die Kommunen, meinte Andre Busshoven vom Verband Freier Berufe in NRW mit Blick auf zusätzlichen Kontrollaufwand.

Der am Bau gezahlte Stundenlohn von 14,95 Euro liege – ebenso wie die in dieser Branche vorgeschriebenen Mindestlöhne – weit

oberhalb der jetzt geforderten Mindestentgelte, erläuterte Lutz Pollmann als Vertreter der Baugewerblichen Verbände. Außerdem sei für Kontrolleure in der Regel nicht klar, welcher der über 300 bestehenden Tarifverträge im Baubereich anzuwenden sei. Öffentliche Auftraggeber könnten Sozialstandards etwa dadurch einhalten, dass sie, wie eigentlich vorgeschrieben, den wirtschaftlichsten Angeboten den Zuschlag gäben, nicht den billigsten, meinte Harald Kern vom Bauindustrieverband NRW.

Beim Personennahverkehr würden die Beschäftigten nach regional angemessenen Tarifverträgen beschäftigt, betonten Volker Wente vom Verband Deutscher Verkehrsunternehmen, Johannes Krems vom Verband der NRW-Omnibusunternehmen sowie Dr. Hans-Peter Ackermann vom Arbeitgeberverband Deutscher Eisenbahnen. Damit ergebe sich aber die Frage, auf welchen Vertrag sich ein Tariftreuegesetz beziehen solle.

### GEWERKSCHAFTEN: STANDARDS SICHERN

„Man muss an der untersten Schmerzgrenze Netze einziehen“, meinte dagegen Peter Berg vom Verdi-Landesbezirk NRW. Schon allein

damit sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nicht auf staatliche Aufstockungsleistungen durch Hartz IV angewiesen seien. Im vergangenen Jahr hätten die Kommunen in NRW für die Wohnkosten der erwerbstätigen Armen rund 211,7 Millionen Euro aufwenden müssen. Notwendig sei daher eine Regelung, die existenzsichernde Löhne garantiere.

Erreichen könne man dies, indem man auch nicht tarifgebundenen Unternehmen auf geltende Tarifverträge oder einen entsprechenden Mindestlohn verpflichte. Im Personennahverkehr gebe es bei aller Vielfalt einen maßgeblichen Tarifvertrag, der 75 Prozent der Arbeitnehmer umfasse. Dieser sei auch nach den Kriterien des Entsendegesetzes – Zahl der Mitglieder der Vertragsparteien, Organisationsgrad der Beschäftigten – justiziabel, so der Gewerkschafter. Allerdings, betonte er, gehe es hier ausschließlich um die öffentliche Auftragsvergabe, in anderen Bereichen würden die konkurrierenden Tarifverträge weiter gelten.

Dirk Schlömer vom DGB-NRW pflichtete Berg bei: Die Sparsamkeit bei der Auftragsvergabe dürfe nicht zu höheren Sozialausgaben führen. Von daher würden sich zusätzliche Verwaltungskosten allemal rechnen. Außerdem würde die Einhaltung der Tarifverträge sowieso von den Gewerkschaften und Betriebsräten vor Ort kontrolliert. Des Weiteren handle es sich bei den geforderten gesetzlichen Bestimmungen um Mindestnormen. Diese stellten keinen Eingriff in die Tarifautonomie dar. Sie würden aber verhindern, dass sich Unternehmen extra für eine Ausschreibung gründeten und bestehende Standards „untertunnelten“.

Die hier geforderte Mindestlohnregelung verstoße weder gegen europäisches Recht noch gegen die Verfassung, erläuterte Dr. Stefan Greiner vom Institut für Arbeitsrecht der Universität Köln. Sie könne gerechtfertigt werden mit der Europäischen Sozialcharta, pflichtete Dr. Thorsten Schulten von der Hans-Böckler-Stiftung bei. CW

## Ungarischer Botschafter im Europa-Ausschuss

**18. Februar 2011 – Welche inhaltlichen Schwerpunkte setzt die ungarische EU-Ratspräsidentschaft im 1. Halbjahr 2011? Das fragten die Abgeordneten im Ausschuss für Europa und eine Welt (Vorsitz Werner Jostmeier, CDU) den Botschafter der Republik Ungarn, Dr. József Czukor. Der Diplomat wurde von Landtagspräsident Eckhard Uhlenberg empfangen und erläuterte anschließend dem Ausschuss im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Europa erleben“ Prioritäten der ungarischen Europapolitik.**

Hauptanliegen der Ratspräsidentschaft, so der Botschafter, sei es, die Wirtschaft und die EU-Institutionen zu stärken, Entscheidungen bürgernah zu gestalten und die EU verantwortungsvoll zu erweitern. Der hohe Gast betonte, sein Land wolle sich insbesondere der Stärkung der Euro-Zone widmen. Auch auf die Kritik am ungarischen Mediengesetz ging er ein. Die

Diskussion habe einen Schatten auf den Start der Präsidentschaft gelegt. Czukor zeigte sich jedoch zuversichtlich, dass eine Einigung mit der Europäischen Kommission erzielt werden könne.

Für die Ständige Vertretung Deutschlands bei der EU begrüßte der politische Gesandte Roland Schäfer das Anliegen Ungarns, einen Schwerpunkt auf wirtschaftspolitische Fragen zu legen.

Zugleich hob er heraus, wie wichtig es sei, dass in den Ländern intensiv über Europa diskutiert werde. Regelmäßig sind Vertreterinnen und Vertreter der EU-Ratspräsidentschaft im Landtag zu Gast, um die politischen Schwerpunkte ihres Landes in Europa vorzustellen. In der zweiten Jahreshälfte 2011 wird Polen die Ratspräsidentschaft von Ungarn übernehmen. SW

# Politiker mit Ecken und Kanten

## Nachruf auf Karl Josef Denzer, Landtagspräsident a. D.



„Kinder, macht doch kein Theater. Also wirklich: Ich möchte nichts“. So blieb es beim Blumenstrauß, als Karl Josef Denzer 1990 nach fünf Jahren aus seinem Amt als Präsident des Landtags verabschiedet wurde. Denzer war 65 Jahre alt und verließ die politische Arena. Was anderen in der Politik nicht gelingt, er schaffte es. 20 Jahre für die SPD als Landtagsabgeordneter, die fünf letzten als Präsident, jetzt kam der Ruhestand. Denzer schaffte den Übergang ohne Entzugerscheinungen.

Typisch Denzer. Er mochte es nicht, Aufheben von seiner Person zu machen. Er war bescheiden, aber kein Leisetreter. Wenn es um etwas zu kämpfen galt, konnte er hartnäckig, ja stur sein wie die Menschen seiner ostwestfälischen Wahlheimat. Seine richtige Heimat – er stammte aus Trier – machte ihn zum Kompromiss fähig. Das Streben nach Konsens ließ den Politiker und Präsidenten Denzer nicht konturlos werden. Er behielt seine Ecken und Kanten und scheute nicht das klare (und manchmal schnelle) Wort. Feind und mitunter auch Freund vergrault? Denzer sorgte dafür, dass dieser Zustand nicht lange anhielt.

„Jupp“, wie ihn seine Genossen und Freunde diesseits und jenseits der Grenzen der politischen Lager riefen, war impulsiv, spontan und aufrichtig. Er war andererseits verlässlich, hartnäckig, pflichtbewusst wie konsequent. Da sollte sich niemand von seiner Kumpelhaftigkeit täuschen lassen. Das war manchmal nur Fassade, Denzer konnte auch anders.

Ziemlich rasch nach der Präsidentenwürde kam die Bürde, die dieses Amt für seine Inha-

ber bereit hält. Ein halbes Jahr nach seiner Wahl zum Präsidenten des 10. Landtags musste Denzer die Erhöhung der Diäten der Abgeordneten vertreten und begründen. Es gehe hier weder um einen Selbstbedienungsladen noch um eine Weihnachtsbescherung für die Abgeordneten, erklärte forsch der frisch gebackene Präsident. Er sehe sich bei diesem Thema nicht in eine Verteidigungsposition gedrängt, „denn wir haben nichts zu verbergen und brauchen weder Kritik noch Diskussionen zu scheuen, solange wir in eigener Sache für jeden durchschaubar handeln“. Nur eben in eigener Sache – dieses Verfahren werde „nicht nur in der Öffentlichkeit oft als unglücklich empfunden“, räumte Denzer selbstkritisch ein.

War hier gegenüber der veröffentlichten Meinung erfahrungsgemäß kein Blumentopf zu gewinnen, Denzers Amtszeit insgesamt war interessant und hatte ihre Höhepunkte und Leistungen. Er und der Landtag gestalteten Politik in der aufregenden Zeit der beginnenden deutschen Wiedervereinigung.

Der Föderalismus der Bundesländer bekam ein neues Gesicht im Zuge des deutschen Einigungsprozesses. Um hierzulande und in Europa die Position der Länder zu stärken und Kompetenzen einzufordern, unterstützte Denzer als Parlamentspräsident des bevölkerungsreichsten Bundeslands nach Kräften die Arbeit der Konferenz der Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen Länderparlamente: „Wir wollen ein föderatives Deutschland in einem bürgernahen Europa der Regionen“, fasste er in seiner Bilanz der Amtszeit Ende Mai 1990 im Plenum sein politisches Credo zusammen.

In diesem Rückblick ohne Wehmut, aber mit Stolz und Selbstbewusstsein ging Denzer auf einen anderen Höhepunkt seiner Amtszeit ein, den Umzug des Landtags in sein neues Haus. Man kann nicht sagen, dass er einer der glühendsten Verfechter der Neubaupläne war. Aber ihm oblag es, diesen Umzug zu organisieren und zum Erfolg zu bringen – und so quasi nebenbei eines seiner wichtigsten Anliegen umzusetzen, die Verbesserung der Arbeitsbedingungen für die Abgeordneten.

In seiner letzten Rede verabschiedete sich der Präsident vom Landtag. Er erinnere sich nicht nur an eine befriedigende politische Tätigkeit und an zahlreiche bewegende politische Ereignisse, resümierte Denzer, „sondern auch – und dies ganz besonders – an die Begegnung mit vielen Menschen, die mir Hilfe und Unterstützung, menschliche Wärme und freundschaftliche Zuneigung gegeben haben“. Zu solchen Tugenden war auch Karl Josef Denzer fähig. Jetzt ist er im Alter von 85 Jahren gestorben. *Jürgen Knepper*

# Bleibende Spuren

Mit Karl Josef Denzer verlieren wir in Nordrhein-Westfalen einen überaus erfahrenen und geradlinigen Demokraten, der über Parteigrenzen hinweg geschätzt und geachtet wurde und der die Politik unseres Landes über Jahrzehnte geprägt hat. Politik war seine große Leidenschaft. Dem Landtag Nordrhein-Westfalen gehörte er von 1970 bis 1990 an. Präsident dieses Hohen Hauses war er von 1985 bis 1990. Sein Wirken im Landtag war von unermüdlichem Engagement, klaren Worten, aber auch von tiefgründigem Humor geprägt. (...)

Auch wenn ihn die überwiegende Mehrheit der Abgeordneten nie kennengelernt hat, so hat Karl Josef Denzer doch bleibende und tiefe Spuren für uns alle hinterlassen. Die Sichtbarste ist sicher dieses Haus. Auch wenn die Entscheidung, ob und wo dieses Gebäude entstehen sollte, seine Vorgänger Wilhelm Lenz und John van Nes Ziegler herbeigeführt haben – mit seinem Namen ist der Umzug des Parlaments vom Ständehaus in den neuen Landtag hier direkt am Rhein im Jahr 1988 verbunden. NRW hat mit diesem Neubau, wie Denzer es formulierte, „ein unübersehbares Zeichen, eine steingewordene Bestätigung für einen starken Föderalismus in der Bundesrepublik Deutschland“ gesetzt, der ihm am Herzen lag. (...)

Seine menschliche Ausstrahlung, seine Überzeugungskraft und sein sicheres Gefühl für Stil und Würde des Parlaments haben Karl Josef Denzer ausgezeichnet. Immer wieder, so auch in seiner Antrittsrede als neu gewählter Landtagspräsident am 30. Mai 1985, appellierte er an die Abgeordneten, dass es „trotz aller Gegensätze auch Raum für Gemeinsamkeiten in der Politik für dieses Land und seine Bürger geben“ müsse.

**Aus der Würdigung des Landtagspräsidenten Eckhard Uhlenberg in der Gedenkstunde des Landtags für den ehemaligen Präsidenten Karl Josef Denzer.**

**Herausgeber:** Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen Eckhard Uhlenberg, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

**Redaktion:** Christoph Weißkirchen (cw, Chefredakteur), Sonja Wand (sow, Redakteurin), Bernd Schälte (bs, Fotoredaktion)

Redaktionelle Mitarbeit:

Sebastian Wuwer (sw), Daniela Braun (bra, Trainee)  
Telefon (0211) 884-2545 (cw), 884-2304 (sow), 884-2309 (bs),  
Fax 884-3551, email@landtag.nrw.de

**Redaktionsbeirat:** Armin Laschet MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Britta Altenkamp MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Sigrid Beer MdL (Grüne), Parlamentarische Geschäftsführerin; Ralf Witzel MdL (FDP), Parlamentarischer Geschäftsführer; Ralf Michalowsky (Linke), Parlamentarischer Geschäftsführer; Achim Hermes (CDU), Pressesprecher; Ralf Kapschack (SPD), Pressesprecher; Sebastian Schaffer (Grüne), Pressesprecher; Wibke Op den Akker (FDP), Pressesprecherin; Gerhard Miltzter (Linke), stv. Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

**Satz:** de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

**Druck und Versand:** WAZ-Druck GmbH & Co KG, Duisburg

**Internet-Adressen:** www.landtagintern.de, www.landtag.nrw.de

**Landtag Intern** wird auf umweltchonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

## Geburtstage

Vom 23. Februar – 29. März 2011

23.2. Exler, Wolfgang (CDU)	46
28.2. Seel, Rolf (CDU)	58
28.2. Maelzer, Dennis (SPD)	31
1.3. Löhrmann, Sylvia (Grüne)	54
2.3. Paul, Josefine (Grüne)	29
6.3. Kaiser, Klaus (CDU)	54
8.3. Hafke, Marcel (FDP)	29
10.3. Demirel, Özlem Alev (Linke)	27
11.3. Palmen, Manfred (CDU)	66
11.3. Schroeren, Michael (CDU)	65
14.3. Vosseler, Margret (CDU)	54
14.3. Yetim, Ibrahim (SPD)	46
15.3. Tenhumberg, Bernhard (CDU)	55
16.3. Römer, Norbert (SPD)	64
17.3. Kamieth, Jens (CDU)	42
22.3. Schäfer, Ute (SPD)	57
22.3. Gebhard, Heike (SPD)	57
25.3. Jäger, Ralf (SPD)	50
25.3. Witzel, Ralf (FDP)	39
26.3. Dr. Wolf, Ingo (FDP)	56
27.3. Birkhahn, Astrid (CDU)	59

Ehemalige Abgeordnete – besondere Geburtstage ab 70

23.2. Schoeller, Winfried (SPD)	70
26.2. Tsochoeltsch, Hagen (FDP)	70
29.2. Westkämper, Horst (CDU)	75
2.3. Dr. Heinemann, Peter (SPD)	75
4.3. Dr. Brüggemann, Wolfgang (CDU)	85
9.3. Siekmann, Erwin (SPD)	75
21.3. Jäcker, Horst (CDU)	70
23.3. Schaa, Lukas (CDU)	85
23.3. Heinemann, Manfred (CDU)	70

## Treffen & Termine

10. März **Veranstaltung** anlässlich des Internationalen Frauentags

21. März „Waldmobil“ – Tagespräsentation der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald NRW-Auftakt zum Internationalen Jahr der Wälder

23. März **Podiumsgespräch:** „Deutschland und Polen. Dynamik der Annäherung“ (Deutsch-Polnische Parlamentariergruppe)

30. März - 15. April **Ausstellung** 25 Jahre Landesgartenschauen

Nächstes Plenum 30.-31. März 2011. Die nächste Ausgabe von Landtag Intern erscheint am 30. März 2011.

## Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Rolf Krebs, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Prälat Martin Hülskamp, laden vor der Plenarsitzung ein: am 24. Februar 2011 um 8 Uhr zum Parlamentsfrühstück, um 9 Uhr zur Landtagsandacht im Raum E3 Z03.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



## Nicht die Augen verschließen

Es kann viel passieren. Unglücksfälle und Katastrophen wünscht sich niemand. Aber da man sie nie ganz ausschließen kann, sollte man vorbereitet sein. In Deutschland gibt es dafür das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe. Gefahrenabwehr im Katastrophenfall ist zwar laut Grundgesetz Aufgabe der Länder, aber im Ernstfall bündeln Bund und Länder ihre jeweiligen Kompetenzen, um eine optimale Versorgung der Bevölkerung zu erreichen. Welche Bandbreite die entsprechenden Maßnahmen umfassen, wie die neuesten Standards zur Gewährleistung unserer Sicherheit und Versorgung aussehen, darüber gab eine Ausstellung Auskunft, die in der ersten Februarhälfte im Landtag zu sehen war. Eine weitere Ausstellung informierte über den Schutz in den eigenen vier Wänden, speziell den Sinn und Nutzen von Rauchmeldern.

Foto: Schälte